



**Beilagen zum Bericht der
Finanzkommission zum Voranschlag des
Kantons Wallis für das Jahr 2007:**

**BERICHTE DER THEMATISCHEN
KOMMISSIONEN ÜBER DIE PRÜFUNG
DER POLITISCHEN
LEISTUNGS-AUFTRÄGE 2007**

Bericht der Finanzkommission Prüfung der Leistungsaufträge 2007

Die Finanzkommission ist am 20. September 2006, um 14.30 Uhr, in der Villa de Riedmatten in Sitten zur Prüfung der Leistungsaufträge der kantonalen Finanzverwaltung (KFV), der Dienststelle für Personal und Organisation (DPO) und der kantonalen Dienststelle für Informatik (KDI) zusammengetreten.

Sitzungsteilnehmer/-innen

Mitglieder der Finanzkommission: Philippe Es-Borrat, Präsident, Véronique Barras-Martinet, Marcelle Monnet-Terrettaz, Philippe De Preux, Pascal Gaillard, Edgar Gottet, Erno Grand, Jean-Pierre Penon, Edmond Perruchoud, David Théoduloz und Gilbert Tornare.

Eingeladene: Jean-René Fournier, Vorsteher des DFIS, Pierre Bonvin, Chef der KFV, Franz Michlig, Chef der DPO, Philippe Hatt, Chef der KDI, Xavier Bertelletto, Controllingverantwortlicher beim DFIS, Brigitte Diserens, Präsidentin der GPK, André Quinodoz, Vizepräsident der GPK.

Sekretariat: Michel Roten, Finanzinspektorat.

I. Kantonale Finanzverwaltung

Es wird darauf hingewiesen, dass sich die KFV bei der Wahl der Leistungsindikatoren an der Praxis anderer Kantone orientiert hat.

Die NFA-Problematik wird erläutert. Aus diesen Erläuterungen geht hervor, dass es noch viele Fragezeichen gibt. Die Aufteilung zwischen den verschiedenen Dienststellen ist sehr komplex und noch nicht definiert.

Die Ziele und Teilziele, die prioritären Massnahmen wie auch die Leistungsindikatoren geben zu keinen Bemerkungen Anlass.

Die hauptsächlichsten Veränderungen bei den Finanzressourcen werden erläutert und diskutiert. Es gilt zu beachten, dass die grösseren Veränderungen mehrheitlich im Zusammenhang mit der Aufkapitalisierung der Pensionskassen stehen.

Der in Form eines Leistungsauftrags dargestellte Voranschlag 2007 der KFV wird von den Kommissionsmitgliedern einstimmig bei einer Enthaltung angenommen.

II. Dienststelle für Personal und Organisation

Die Prioritäten dieser Dienststelle sind die Einführung eines neuen Personalbeurteilungssystems und die Entwicklung einer neuen Lehrlingspolitik.

Aufgrund der Forderungen der GPK und der Fiko wurde die Umwandlung von 105.37 Stellen von Hilfsangestellten mit unbefristetem Arbeitsverhältnis in Beamtenstellen in den Voranschlag 2007 aufgenommen.

Was das neue Personalbeurteilungssystem anbelangt, so ging es dem Grossen Rat vor allem um die Abschaffung der automatischen Lohnanpassungen. Dieses Ziel dürfte erreicht sein.

Es wird auch darauf hingewiesen, dass sowohl Frauen als auch Männer die Möglichkeit haben, in Teilzeit zu arbeiten. In einigen Dienststellen ist der Anteil der Teilzeitbeschäftigten sehr hoch (z.B. 70% bei der Dienststelle für die Jugend). Verhältnismässig wenige Männer stellen Gesuche um Teilzeitarbeit. Grundsätzlich wird diesen Gesuchen entsprochen.

Der in Form eines Leistungsauftrags dargestellte Voranschlag 2007 der DPO wird von den Kommissionsmitgliedern einstimmig angenommen.

III. Dienststelle für Informatik

Einleitend wird darauf hingewiesen, dass die Zusammenlegung der Informatikressourcen, wie sie von der Fiko gefordert wurde, eine Priorität der Dienststelle bleibt. Für 2007 ist die Übernahme der Informatik der Nationalstrassen und der Gerichte geplant.

Die Arbeiten im Zusammenhang mit der Einführung des neuen Personalbeurteilungssystem und der NFA sollten ebenfalls unter den prioritären Massnahmen erscheinen.

Was die Leistungsindikatoren anbelangt, so wird darauf hingewiesen, dass es angesichts der stetigen Zunahme der Anzahl Benutzer bereits ein Erfolg ist, wenn die momentanen Werte beibehalten werden können.

Die Fiko fordert, dass die Leistungsindikatoren 3, 5 und 7 in Zahlen ausgedrückt werden. Der Chef der KDI verpflichtet sich dazu, dieser Forderung nachzukommen.

Die anwesenden Kommissionsmitglieder nehmen den Leistungsauftrag der KDI mit dem Vorschlag, die Leistungsindikatoren in Zahlen auszudrücken, einstimmig an.

Val-d'Illeiez, 3. Oktober 2006

FINANZKOMMISSION:

Der Präsident:
Philippe Es-Borrat

Der Berichterstatter:
Pascal Gaillard



Grand Conseil
Commission des institutions et de la famille

Grosser Rat
Kommission für Institutionen und Familienfragen

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS

Bericht der Kommission für Institutionen und Familienfragen: Prüfung der Leistungsaufträge 2007

Die Kommission für Institutionen und Familienfragen (IF) ist am Donnerstag, 21. September 2006, um 14 Uhr im Sitzungszimmer des DFIS zusammengekommen, um die Leistungsaufträge der Dienststelle für innere Angelegenheiten, des Verwaltungs- und Rechtsdiensts der Institutionen, der Dienststelle für Zivilstandswesen und Fremdenkontrolle, der Staatskanzlei und der Information zu untersuchen.

Sitzungsteilnehmer

Anwesende Kommissionsmitglieder: Felix Zurbriggen, Präsident; Erno Grand, Berichterstatter; Jean-Daniel Bruchez; Joël Gaillard; Aldo Resenterra; Jean-Pierre Bodrito; Laetitia Massy; Thomas Lehner; Patrice Bigler; Claude Pernet; Bertrand Denis; Marcel Delasoie

Entschuldigt: Philipp Schnyder

Vertreter der FiKo: Gilbert Tornare

Parlamentdienst: Nicolas Sierro, wissenschaftlicher Mitarbeiter

Präs.: Thomas Burgener, Präsident des Staatsrats

DFIS: Xavier Bertelletto, Departementscontrolling

DIA: Norbert Fragnière, Dienstchef

VRDI: Michel Perrin, Dienstchef

Nicole Langenegger Roux, Verantwortliche für das Sekretariat für Gleichstellung und Familien

Michel Berthod, Vorsteher des BKA Sitten

Pierre-Alain Albasini, Vorsteher des BKA Sidens

DZF: Françoise Gianadda, Dienstchefin

SK: Monique Albrecht, Vizekanzlerin

I-VS: Bernard Reist, Informationschef

I. Dienststelle für innere Angelegenheiten

1. Bemerkungen zum Leistungsauftrag

Politische Ziele und Teilziele

- Sie werden von der Gesetzgebung festgelegt, sind beständig und deshalb mit jenen von 2006 identisch.

Prioritäre Massnahmen

- Die Massnahmen übernehmen die wichtigen Schwerpunkte bei der Arbeit der Dienststelle bei den Gesetzesänderungen für 2007.

- Neben den im Auftrag erwähnten prioritären Massnahmen behandelt die Dienststelle das kantonale Ausführungsgesetz zum Bundesgesetz über die politischen Rechte, die Motion über die Unvereinbarkeiten, die parlamentarische Initiative über die Wahlkreise und die Revision des Bürgerrechts. Angesichts der Unsicherheiten bei diesen Projekten wurden diese nicht in die Massnahmen 2007 aufgenommen.
- Die Kommission fragt, ob die Revision des Bürgerrechts nicht ausdrücklich als prioritäre Massnahme der Dienststelle erwähnt werden sollte. Herr Fragnière antwortet, dass es sich nicht um eine Aufgabe handelt, für die seine Dienststelle direkt zuständig ist, sondern dass diese Revision bei den prioritären Massnahmen der Dienststelle für Zivilstandswesen und Fremdenkontrolle erwähnt wird. Beide Dienststellen werden aber bei diesem Thema zusammenarbeiten müssen.

2. Änderungsantrag für die Aufträge 2007

- Kein Antrag

3. Beschluss der Kommission

Die anwesenden Kommissionsmitglieder nehmen den Leistungsauftrag 2007 einstimmig an.

II. Verwaltungs- und Rechtsdienst der Institutionen

1. Bemerkungen zum Leistungsauftrag

Die Dienststelle hat im Wesentlichen zwei als politische Ziele formulierte Aufgaben: die Behandlung der Verwaltungs- und der rechtlichen Angelegenheiten. Das Sekretariat für Gleichstellung und die Familie und die Betreibungs- und Konkursämter (BKA) sind zwar administrativ der Dienststelle zugewiesen, verfügen aber in Wirklichkeit über eine weitgehende Autonomie. Die Verantwortlichen der beiden verstaatlichten Ämter und des Sekretariats für Gleichstellung erläutern neben dem Dienstchef ihre Ziele und Prioritäten für 2007.

Politisches Ziel 1

Prioritäre Massnahmen

- Mit der prioritären Massnahme 3 der Dienststelle soll sichergestellt werden, dass in den verstaatlichten BKA die Gesetzgebung über die Schuldbetreibung angewendet wird. Die Vorsteher der BKA von Sidiers und von Sitten weisen darauf hin, dass die Betreibungen im Jahr 2006 um rund 5% zugenommen haben. In Zusammenhang mit dieser zusätzlichen Arbeitsbelastung teilen sie der Kommission ihre Personalsorgen mit. Sie wünschen, dass die Kommission die Bedürfnisse der Ämter aufmerksam prüft.
- Einige Kommissionsmitglieder stellen die Frage nach der Einführung eines leistungsfähigeren Informatiksystems in den BKA (wie vom Finanzinspektorat verlangt) und nach den wirklichen Bedürfnissen an neuem Personal, da die Norm (Zahl der Dossiers/Personal) sicher im Sinn einer Erhöhung der von jedem Mitarbeiter zu behandelnden Dossiers geändert wird.
- Infolge des Ordnungsantrags, der in der Märzsession des Parlaments angenommen wurde und mit dem verlangt wurde, dass der Entwurf für ein Ausführungsgesetz zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs an die Kommission für IFA zurückgewiesen werde, hat der Verwaltungs- und Rechtsdienst den Entwurf überarbeitet und ein neues Arbeitsdokument vorbereitet, das Mitte Oktober im Besitz der Kommissionsmitglieder sein sollte.

Politisches Ziel 2

Prioritäre Massnahmen

- Die Kommission beantragt, dass bei der prioritären Massnahme 3 «Synergieforschung zwischen den staatlichen und kommunalen Dienststellen, den Institutionen und den Vereinen, die den Schutz und die Unterstützung der Familie und der Gleichstellung begünstigen» die Koordination unter den Dienststellen des Staates hinzugefügt wird.

Finanzielle Mittel

- Das Produkt P1102 «Administrative Geschäftsführung» umfasst 93 000.- für Kosten im Zusammenhang mit der Beteiligung des Kantons an verschiedenen interkantonalen Konferenzen.
- Im Ertrag von 2,5 Mio. der Produktgruppe PG 12 «Aufsicht BVG/administrative Zivilsachen», Rubrik 431 «Gebühren für Amtshandlungen» sind 1,9 Mio. aus Rückvergütungen der beiden verstaatlichen Betreibungs- und Konkursämter Siders und Sitten enthalten. Der Saldo von 0,6 Mio. kommt von Gebühren des Handelsregisters.

2. Änderungsantrag für die Aufträge 2007

Politisches Ziel 2

Politisches Teilziel Nr. 3

Prioritäre Massnahme 1

Synergieforschung **und Verstärkung der Koordination** zwischen den staatlichen und kommunalen Dienststellen, (...).

3. Beschluss der Kommission

Die anwesenden Kommissionsmitglieder nehmen den Leistungsauftrag 2007 zusammen mit dem Änderungsantrag einstimmig an.

III. Dienststelle für Zivilstandswesen und Fremdenkontrolle

1. Informationen und Kommentare zur Dienststelle

Die Dienstchefin, Françoise Gianadda, stellt die Ziele ihrer Dienststelle vor. Sie unterstreicht besonders den Fortschritt des Projekts INFOSTAR, mit dem die Informationen zum Zivilstand zentralisiert werden können, und beschreibt die Entstehung dieses Projekts.

2. Bemerkungen zum Leistungsauftrag

Politisches Ziel 1

Prioritäre Massnahmen

- Mit der ersten Massnahme soll die Reorganisation des Walliser Zivilstandswesens fortgesetzt werden. Das Ziel der Dienststelle besteht darin, mit der Zeit alle Ämter des Kantons in 6 Zivilstandsämtern zusammenzulegen. Gleichzeitig zu dieser Massnahme zur Konzentration der administrativen Aufgaben wünscht Frau Gianadda, dass die Heiraten ausserhalb des Sitzes des Zivilstandsamts und auch am Samstag stattfinden können, um einem Bedürfnis der Bürger zu entsprechen.
- Die Zahl der Einbürgerungsdossiers nahm in den vergangenen Jahren ständig zu. Mit der Aufhebung der Einbürgerungsgebühr verminderten sich die Kosten der Einbürgerung deutlich, was eine Zunahme der Gesuche mit sich brachte.

- Die Situation bei den Einbürgerungen ist Besorgnis erregend, denn gewisse Burgerschaften warten auf die Änderung des Gesetzes über das Bürgerrecht und blockieren zahlreiche Dossiers. Diese Situation könnte nachher eine neue Welle von Gesuchen nach sich ziehen.
- Die Kommission fragt, wie die Dienststelle diese neue Zunahme in den Griff bekommen und Verzögerungen vermeiden könne. Frau Gianadda erklärt, dass sie sich im Moment auf die Behandlung der Einbürgerungsdossiers konzentriert, die vollständig sind, und sie hofft, dass sie den Rückstand, der bei deren Prüfung entstanden ist, soweit wie möglich vermindern kann.

Indikatoren

- Die Dienstchefin schätzt, dass Ende 2007 100% der Daten des Familienregisters in INFOSTAR erfasst sein sollten. Sie zieht es aber sicherheitshalber vor, dass im Leistungsauftrag ein Ziel von 95% festgehalten wird.
- Beim Indikator 2 «Anzahl der Zivilstandsämter» verlangt die Kommission, dass der Pfeil, der eine Tendenz anzeigt, durch eine Zahl ersetzt wird. Die Dienststelle erwidert, dass die Frage der Verminderung der Ämter heikel ist und dass es schwierig ist, für 2007 ein Ziel zu beziffern. Frau Gianadda freut sich, dass man schon eine sinkende Tendenz verzeichnen konnte, was ein Zeichen für den politischen Willen zur Rationalisierung bei der Zahl der Ämter ist. Die Kommission weist auf diesen Willen hin und akzeptiert den Tendenzindikator.

3. Änderungsantrag für die Aufträge 2007

- Keine Änderung

4. Beschluss der Kommission

Die anwesenden Kommissionsmitglieder nehmen den Leistungsauftrag 2007 einstimmig an.

IV. Staatskanzlei

1. Bemerkungen zum Leistungsauftrag

Indikatoren

- Beim Indikator 1 «Änderungen am Legislaturprogramm, Geschäfte in % der Zahl der Gegenstände» ist die Kommission erstaunt über die Zahl von 10%, die für 2007 geplant ist. Derselbe Prozentsatz wurde für das Jahr 2006 geplant, aber die zahlreichen Änderungen, die in der Planung der vergangenen Monate eingetreten sind, lassen vermuten, dass dieses Ziel nicht erreicht werden kann. Die Kommission wird diesen Indikator und ganz allgemein die Frage der Änderungen der Gesetzgebungsplanung bei der Prüfung der Rechnung 2006 aufmerksam verfolgen.
- Beim Indikator 2 «Prozentsatz der erledigten Beschwerden (erledigte Beschwerden / hinterlegte Beschwerden)» ist die Kommission erstaunt, dass die Staatskanzlei im Jahr 2007 einen Rückstand bei der Behandlung der Beschwerden einplant, denn 2006 hatte sie vernünftigerweise vorgesehen, den kumulierten Rückstand aufzuholen. Die Kommission beantragt deshalb, dass eher ein Ziel von 100% anstatt von 90% angegeben wird.

Finanzielle Mittel

- Ein Betrag von 250 000.- wird für die Förderung der kantonalen Interessen auf Bundesebene vorgesehen (Produkt P1101 Rubrik 318). Dieser Betrag dient dazu, Mandate im Zusammenhang mit der Unterstützung der Interessen des Kantons bei den Angelegenheiten des Bundes zu vergeben.

2. Änderungsantrag für die Aufträge 2007

Politisches Teilziel Nr. 1
Indikator 2

Prozentsatz der erledigten Beschwerden (erledigte Beschwerden / hinterlegte Beschwerden): **90% 100%**

3. Beschluss der Kommission

Die anwesenden Kommissionsmitglieder nehmen den Leistungsauftrag 2007 zusammen mit dem Änderungsantrag einstimmig an.

V. Information

1. Informationen und Kommentare zur Dienststelle

Der Informationschef stellt die Aufgaben seines Teams vor und legt den Schwerpunkt auf die Entwicklung des Webauftritts des Kantons; bei einem Vergleich zwischen den Kantonen befand sich dieser Webauftritt unter den letzten der Klassierung. Die Neuauflage des Webauftritts wird sich auf die Arbeit stützen, die auf Bundesebene bei «ch.ch» gemacht wird. Beim Projekt soll der Aufbau von «ch.ch» übernommen und darin der verbesserte Inhalt des bestehenden Webauftritts des Kantons eingegliedert werden. Zur Schaffung eines richtigen Instruments zur E-Administration sollten den Bürgern künftig Online-Formulare zur Verfügung stehen.

2. Bemerkungen zum Leistungsauftrag

Prioritäre Massnahmen

- Die kantonale Strategie in Sachen E-Administration sollte im Frühjahr 2007 bereit sein.
- Der Entwurf des Informationsgesetzes (GIDOK) sollte der Kommission demnächst zur Prüfung vorgelegt werden, denn es ist vorgesehen, dass dieses Gesetz in der Dezembersession dem Plenum unterbreitet wird.
- Die Kommission ersucht die Information, ihren Veranstaltungskalender an alle bedeutenden Veranstaltungen im Kanton zu koppeln. Dazu beantragen die Kommissionsmitglieder, dass eine prioritäre Massnahme in diesem Sinn angefügt wird (siehe Änderungsantrag, unten unter Punkt 3).

Finanzielle Mittel

- Ein Kommissionsmitglied stellt die Frage, ob die ehrgeizige Entwicklung des Webauftritts im Budget berücksichtigt wurde. Der Informationschef antwortet, dass im Budget alles vorgesehen sei und dass er allenfalls das Departement bei der Finanzierung um Hilfe ersuche. Jedes Departement hat ausserdem bereits «Webpublisher», die mit dem Inhalt des Webauftritts beauftragt sind.

3. Änderungsantrag für die Aufträge 2007

Politisches Teilziel Nr.1
Prioritäre Massnahme 4 (neu)

Erweiterung des Veranstaltungskalenders auf weitere Veranstaltungen von kantonalen Bedeutung.

4. Beschluss der Kommission

Die anwesenden Kommissionsmitglieder nehmen den Leistungsauftrag 2007 zusammen mit dem Änderungsantrag einstimmig an.

Der Präsident
Felix Zurbriggen

Der Berichterstatter
Erno Grand



Grand Conseil
Commission de l'agriculture, du tourisme et de l'environnement

Grosser Rat
Kommission für Landwirtschaft, Tourismus und Umwelt

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS

Bericht der Kommission für Landwirtschaft, Tourismus und Umwelt: Prüfung der Leistungsaufträge 2007 der Dienststelle für Wald und Landschaft (DWL), der Dienststelle für Umweltschutz (DUS) und des Kantonslaboratoriums und Veterinärwesens (KLV)

Sitzungsteilnehmer: Willy Giroud, Präsident; Gabriel Luisier, Berichterstatter; Patrick Bérod; Olivier Borgeat; Liliane Brigger; Beat Eggel; Evelyne Gard; Daniel Troger; Marylène Volpi-Fournier; Hans-Ulrich Weger; Joseph Zufferey; Stefan Zurbruggen

Entschuldigt: Christian Favre; Bernard Rey; Patrick Zurbruggen

Vertreterin der FIKO: Véronique Barras-Martinet

Vertreter der GPK: Georges Darbellay

Departement : Jean-Jacques Rey-Bellet, Staatsrat
Olivier Guex, Dienstchef der DWL
Charly Wuilloud, Verantwortlicher der Sektion Naturgefahren bei der DWL
André Carroz, Verantwortlicher für die Buchhaltung bei der DWL
Cédric Arnold, Dienstchef der DUS
Simon Reist, Sektionschef bei der DUS
Célestin Thétaz, Dienstchef des KLV
Yves Perruchoud, fachlicher Mitarbeiter beim KLV
Daniel Moix, Departementscontrolling (Protokoll)

I Dienststelle für Wald und Landschaft (DWL)

EINLEITUNG

Willy Giroud begrüsst die Teilnehmenden, dankt ihnen für die Anwesenheit und eröffnet die Sitzung.

Einleitend stellt Staatsrat J.-J. Rey-Bellet die Personen vor, die die Dienststelle für Wald und Landschaft (DWL) vertreten: Olivier Guex, neuer Dienstchef, Charly Wuilloud, Verantwortlicher der Sektion Naturgefahren, und André Carroz, Verantwortlicher für die Buchhaltung.

Staatsrat J.-J. Rey-Bellet beschreibt kurz die Kompetenzbereiche der DWL. Der Dienstchef, Olivier Guex, stellt die Tätigkeit der Dienststelle anhand des politischen Leistungsauftrags 2007 detailliert vor. Im Grossen und Ganzen ist das Budget 2007 ähnlich wie das Budget 2006.

DETAILBERATUNG DES BERICHTS

Politisches Ziel 1 "Schützen, Erhalten und Bewirtschaften des Waldes"

Keine besonderen Bemerkungen

Politische Teilziele

Der Dienstchef unterstreicht, dass die DWL die Rolle eines «Motors» beim Schutz und beim Bewirtschaften des Waldes spielt. Da die Wälder den Gemeinden oder den Burgergemeinden gehören, ist der Einfluss der Dienststelle beschränkt, aber angesichts der Tatsache, dass die Waldbesitzer keine Berufsleute aus der Branche sind, ist er wesentlich. Zum Teilziel 3, *Organisieren der Bewirtschaftung des Waldes, damit dieser nachhaltig seine Funktionen – im Speziellen die Schutzfunktion – erfüllen kann*, erläutert die Dienststelle, dass sie die Beschlüsse des Bundes beim Unterschützstellen ausführt; die entsprechenden Inventare werden verbindlich ausgearbeitet und lassen nur wenig Handlungsspielraum.

Prioritäre Massnahmen

Die Kommission weist darauf hin, dass die prioritären Massnahmen eher Teilzielen als zeitlich genau begrenzten Projekten gleichen. Eine Anstrengung zur Klärung muss dabei für das nächste Budget unternommen werden.

Leistungsindikatoren

Bei den Indikatoren diskutiert die Kommission darüber, ob die Tendenzen (Pfeile) durch Zahlen ersetzt werden sollen, damit die eingetragenen Daten sicher nachverfolgt werden können. Über dieses Thema muss eine Reflexion stattfinden. Der Departementsvorsteher schlägt vor, dass Indikatoren eingeführt werden, mit denen die Effizienz bei der Verwendung der zur Verfügung gestellten Mittel wiedergegeben werden kann. Auch der Zufriedenheitsgrad der Benutzer könnte hervorgehoben werden.

Politisches Ziel 2 "Schützen und Aufwerten der natürlichen Lebensräume"

Keine besonderen Bemerkungen

Politische Teilziele

Was die Ausbreitung des Waldes in den Landwirtschaftszonen anbelangt, wird darauf hingewiesen, dass die Landwirte Bewilligungen erhalten können, mit denen sie ohne schwerfälliges Verfahren, nur mit einer Absprache unter Partnern, die Grundstücke, die vom Wald bestockt werden, zurückgewinnen können. Wenn eine Rodungsbewilligung erteilt wird, ist es angesichts der übermässigen natürlichen Vermehrung des Waldes vernünftig, auf kontraproduktive Wiederbewaldungsmassnahmen zum Ausgleich zu verzichten, es sei denn, diese Bestockungen können eine besondere Rolle (Schutz, Landschaft, Tourismus) erfüllen.

Prioritäre Massnahmen

Als prioritäre Massnahme 2 wird die Schaffung und der Unterhalt des Naturparks Pfyn erwähnt. In diesem Bereich können ebenfalls Projekte wie die Biosphärenzone Maya Mont-Noble und der Park Binntal angeführt werden; jedes Projekt schreitet gemäss dem eigenen Rhythmus voran.

Leistungsindikatoren

Keine besonderen Bemerkungen

Politisches Ziel 3 "Vermindern der Naturgefahrenrisiken (Lawinen, Rutschungen, Erosion, Steinschlag, Gletscher, Murgänge, forstlicher Bachverbau)"

Keine besonderen Bemerkungen

Politische Teilziele

Keine besonderen Bemerkungen

Prioritäre Massnahmen

Die Dienststelle macht die Kommission darauf aufmerksam, dass das Verhältnis zwischen Kosten und Wirksamkeit bei der Wahl eines Waldbauprojekts oft in den Vordergrund gestellt wird. Die Gefahr ist gross, dass Projekte, die ein weniger gutes Verhältnis zwischen Kosten und Wirksamkeit aufweisen, aufgegeben werden, denn die gleiche Investition bringt in 2 verschiedenen Gemeinden nicht dasselbe Potenzial zur Verbesserung des Schutzes.

Leistungsindikatoren

Keine besonderen Bemerkungen

Finanzielle Mittel

Auf die Frage der Kommission, die Erklärungen zur Verminderung der Subventionen um ungefähr 2,6 Millionen Franken verlangt, wird erwidert, dass diese Verminderung von der Verminderung der Einnahmen vom Bund und nicht von einem Mangel an möglichen Projekten rührt. Der Staatsrat hat Projekte im Umfang von 75 Millionen Franken genehmigt; dazu kommen Arbeiten im Umfang von 100 Millionen Franken, die sich im Stadium der Genehmigung befinden. Vor 4 Jahren ermöglichten die kumulierten Subventionen (VS + CH) die Realisierung eines Arbeitsvolumens von 25 Millionen Franken im Jahr bei den Schutzmassnahmen gegen die Naturgefahren; zurzeit hat die Verminderung des Bundesanteils zur Folge, dass das Volumen auf 15 Millionen Franken im Jahr reduziert werden muss, was angesichts der Schutzbedürfnisse bei weitem nicht ausreicht.

Mit der Einführung der NFA werden zwischen dem Bund und dem Kanton Programmvereinbarungen abgeschlossen. Die Subventionen des Bundes werden nicht mehr für einzelne Projekte, sondern pauschal ausgerichtet. Die Schutzwälder werden auf Grund eines Pauschalbetrags pro Hektare und nicht mehr nach m³ subventioniert. Es bleiben bedeutende Unbekannte, und die Gefahr, dass man über weniger finanzielle Mittel verfügt, ist gross. Selbst wenn die finanzielle Beteiligung der Waldeigentümer äusserst gering ist, besteht eine grosse Gefahr, dass sich diese nicht mehr für die unrentablen Wälder interessieren; dabei handelt es sich oft um Schutzwälder in schwer zugänglichen Gebieten.

Das Budget wird ohne Änderung genehmigt.

Personelle Mittel

Die Kommission weist darauf hin, dass die Zahlen, die im *Bericht über die höhere Zunahme des Wachstums über dem Konsumentenpreisindex im Budget 2007* zur Verfügung stehen, nicht mit denjenigen, die in den Leistungsaufträgen stehen, identisch sind. Es wird erwidert, dass im Bericht nur die Zunahme der Stellen, die eine finanzielle Auswirkung hat, berücksichtigt wird, in den Leistungsaufträgen stehen aber auch die Regularisierung von Stellen, die Verminderung von Stellen und die Umwandlung von langfristigen Hilfsstellen.

Allgemeine Bemerkungen

Keine besonderen Bemerkungen

Hängige Anträge auf Anpassung der Leistungsaufträge

Der Antrag auf Anpassung, der im Rahmen des Budgetverfahrens 2006 eingereicht wurde und von der thematischen Kommission nicht behandelt werden konnte, wird einstimmig abgelehnt.

SCHLUSSENTSCHEID

Die Kommission formuliert keinen neuen Antrag, den politischen Leistungsauftrag 2007 der DWL zu ändern.

Der Kommissionspräsident schliesst die Beratungen, und die Sitzung wird um 12.00 Uhr aufgehoben.

II Dienststelle für Umweltschutz (DUS)

EINLEITUNG

Willy Giroud begrüsst die Teilnehmenden, dankt ihnen für die Anwesenheit und eröffnet die Sitzung.

Einleitend stellt Staatsrat J.-J. Rey-Bellet die Personen vor, die die Dienststelle für Umweltschutz (DUS) vertreten: Cédric Arnold, Dienstchef, und Simon Reist, Sektionschef und Verantwortlicher für das Controlling bei der DUS.

Staatsrat J.-J. Rey-Bellet beschreibt kurz die Kompetenzbereiche der DUS. Der Dienstchef, Cédric Arnold, stellt die Tätigkeit der Dienststelle anhand des politischen Leistungsauftrags 2007 detailliert vor. Im Grossen und Ganzen ist das Budget 2007 ähnlich wie das Budget 2006; dabei gehen aber die Nettoeinnahmen im Vergleich zu 2006 um einen Betrag von Fr. 195 700.- zurück.

Die DUS ist mit dem Schutz der «Elemente» beauftragt: Wasser, Luft, Boden, Lärm, nicht ionisierende Strahlung und Abfallbewirtschaftung. Das politische Ziel der DUS besteht darin, für den Schutz der Bevölkerung und der natürlichen Ressourcen gegen schädliche und lästige Einwirkungen zu sorgen. Die Produktgruppen («Luftverschmutzung, Lärm und Strahlen», «Grundwasser, Böden, Steinmaterial und Abfälle», «Oberflächengewässer und Abwässer», «Beurteilung und Begleitung von Bauprojekten») entsprechen den 4 Sektionen der DUS.

DETAILBERATUNG DES BERICHTS

Politisches Ziel 1 "Für den Schutz der Bevölkerung und der natürlichen Ressourcen gegen schädliche und lästige Einwirkungen sorgen"

Keine besonderen Bemerkungen

Politische Teilziele

Keine besonderen Bemerkungen

Prioritäre Massnahmen

- *Massnahme 3: Erstellung einer systematischen Überwachung der Mobilfunkantennen in Folge der Besorgnis der Bevölkerung und zur Entlastung der Gemeinden in ihrer Kontrollfunktion.*

Gegenwärtig müssen die neuen Projekte von Mobilfunkantennen der DUS zur Stellungnahme vorgelegt werden. Die DUS prüft, ob die Projekte die gesetzlichen Anforderungen im Bereich nicht ionisierende Strahlung erfüllen. Es liegt nachher an der zuständigen Behörde (d. h. die Gemeinden in der Bauzone und die KBK ausserhalb der Bauzone), ob die Bewilligung erteilt wird. Die zuständige Behörde muss überprüfen, ob die Antenne gemäss den Bedingungen in der Bewilligung gebaut und betrieben wird.

Für die Kontrolle der Antennen braucht es sehr spezielle technische Kenntnisse, über die die Gemeinden oft nicht verfügen. Die Kontrollen müssen ausserdem seit Ende 2006 gemäss den Entscheiden des Bundesgerichts eine Überprüfung der Betriebsarten der Antennen umfassen (insbesondere die Kontrolle der Leistung, mit der die Antenne sendet). Die Kosten werden nach dem Verursacherprinzip den Mobilnetzbetreibern in Rechnung gestellt (siehe auch unter "personelle Mittel").

- *Massnahme 5: Nachführung und Konkretisierung des kantonalen Massnahmenplans gegen die Luftverschmutzung (Luftforum) für die Periode 2007-2012.*

Selbst wenn seit Ende der 80er-Jahre bedeutende Fortschritte erzielt wurden, werden die Grenzwerte zum Schutz der Gesundheit der Bevölkerung manchmal noch bei den Stickstoffoxiden (in städtischen Gebieten), beim Feinstaub (in der ganzen Rhoneebene) und beim Ozon (europäische Problematik) überschritten. Wenn die Grenzwerte überschritten werden, müssen laut Bundesgesetzgebung die Kantone einen Massnahmenplan zur Verminderung der Verschmutzung ausarbeiten. Diese Pläne müssen alle 5 Jahre erneuert werden. Da der letzte Plan, der im Rahmen des "Luftforums" ausgearbeitet wurde, von 2002 stammt, muss für den Zeitraum 2007-2012 ein neuer Plan erstellt und verwirklicht werden. Es ist vorgesehen, dass die betroffenen Kreise an dem Prozess beteiligt werden, namentlich in den Bereichen Bauwesen, Landwirtschaft/Waldbau, Verkehr, Industrie und Gewerbe.

Leistungsindikatoren

- Die Kommission weist darauf hin, dass es für das Teilziel 3, *Sorgen für die Erstellung der verschiedenen Kataster, Register und Sanierungspläne, die Bewirtschaftung der Gewässer, der Abfälle, des Erd- und Steinmaterials unter Sicherstellung der Koordination*, keinen Leistungsindikator gibt.

Es wird unterstrichen, dass die prioritären Massnahmen 4 und 5 dem Teilziel 3 entsprechen und Fristen zur Verwirklichung vorsehen. Man könnte grundsätzlich diese Fristen in Form von Leistungsindikatoren aufführen. Prioritäre Massnahmen und Leistungsindikatoren wären aber deckungsgleich. Diese Frage wird bei der nächsten Auflage des Vertrags gelöst.

- Die Kommission weist darauf hin, dass es für das Teilziel 6, *Information und Beratung der Bevölkerung, der Gemeinden, Betriebsinhaber und Bauherren, Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsorganisationen, um einen angemessenen Umweltschutz sicherzustellen*, keinen Leistungsindikator gibt.

Die Dienststelle antwortet, dass der Leistungsindikator Nr. 3 (Anzahl der Besuche, Beratungen oder Kontrollen von Anlagen) gleichzeitig zu den Teilzielen Nr. 2 und 6 gehört. Was die Information der Öffentlichkeit anbelangt, weist die Dienststelle darauf hin, dass im Jahr 2006 verschiedene Medienmitteilungen und -konferenzen gemacht wurden. Ein Kommissionsmitglied unterstreicht, dass die Information der Öffentlichkeit als Pflicht im Umweltschutzgesetz festgehalten ist, und wünscht, dass aktiver informiert wird. Die DUS erinnert daran, dass sie früher über eine Stelle für die Information verfügte, dass diese aber im Rahmen von Verwaltung 2000 gestrichen wurde. Die Möglichkeiten zur verstärkten Kommunikation werden bei der Erstellung des Leistungsauftrags für das Jahr 2008 neu geprüft, aber eine bedeutende Verstärkung ist ohne personelle Mittel nicht möglich.

Finanzielle Mittel

Im Budget ist eine Anpassung nach oben der Mittel für die Beseitigung des Schwemmhohles in der Rhone bis zum Genfersee vorgesehen; diese Beseitigung wird vom Kanton Waadt mitfinanziert. Auf die Frage, weshalb der Kanton Genf und der französische Staat sich nicht finanziell an der Beseitigung des Holzes in der Rhone beteiligen, wird geantwortet, dass hier das Verursacherprinzip zur Anwendung gelangt und dass jeder Kanton oder Staat für die Gewässer (Seezuflüsse) auf seinem Gebiet verantwortlich ist.

Das Budget wird ohne Änderungen genehmigt.

Personelle Mittel

Im Budget 2007 wird vorgesehen, dass eine seit 1997 existierende Hilfsstelle in eine ordentliche Stelle umgewandelt wird (PG 14) und dass die Stelle eines technischen Mitarbeiters bei der Sektion "schädliche Einwirkungen und Laboratorium" (PG 11) geschaffen wird. Diese Stelle ist nötig, damit die prioritäre Massnahme Nr. 3 verwirklicht werden kann. Der zusätzliche Aufwand wird durch eine Erhöhung der Einnahmen (Rubrik 43) ausgeglichen.

Allgemeine Bemerkungen

Gemäss der ehemaligen prioritären Massnahme Nr. 2 des Leistungsauftrags für das Jahr 2006 wird die Studie über die Qualität der Böden zurzeit fertig gestellt. Es wird beschlossen, dass allen Kommissionsmitgliedern eine Kopie des Forschungsberichts zugestellt wird, sobald dieser zur Verfügung steht.

Anpassungsanträge für die Leistungsaufträge 2007, die im Rahmen des Budgetverfahrens 2006 eingereicht wurden

Der Antrag der SPO-Fraktion, das politische Ziel der Dienststelle anzupassen, wird insofern abgelehnt, als klar ist, dass die Regierung den Auftrag hat, dafür zu sorgen, dass die gesetzlichen Weisungen ausgeführt werden; dabei setzt sie je nach verfügbaren Mitteln im Budget Prioritäten.

Für die Ausrüstung der Fahrzeuge des Staates und des öffentlichen Verkehrs mit Partikelfiltern ist nicht die DUS zuständig. Die beiden entsprechenden Anträge werden abgelehnt. Eine Pflicht der Dienststellen des Staates, nur Fahrzeuge mit Partikelfilter zu kaufen, könnte hingegen über eine Motion festgelegt werden.

Die neuen prioritären Massnahmen (Nr. 3 und Nr. 5) entsprechen hingegen den anderen Anpassungsanträgen.

Die thematische Kommission beschliesst einstimmig, dass eine Anpassung des Leistungsauftrags der DUS nicht nötig ist.

SCHLUSSENTSCHEID

Die Kommission formuliert keinen neuen Antrag, den politischen Leistungsauftrag 2007 der DUS zu ändern.

Der Kommissionspräsident schliesst die Beratungen, und die Sitzung wird um 10.00 Uhr aufgehoben.

III Kantonslaboratorium und Veterinärwesen (KLV)

EINLEITUNG

Willy Giroud begrüsst die Teilnehmenden, dankt ihnen für die Anwesenheit und eröffnet die Sitzung.

Einleitend stellt Staatsrat J.-J. Rey-Bellet die Personen vor, die das Kantonslaboratorium und Veterinärwesen (KLV) vertreten: Célestin Thétaz, Dienstchef, und Yves Perruchoud, fachlicher Mitarbeiter beim Veterinärwesen.

Staatsrat J.-J. Rey-Bellet beschreibt kurz die Kompetenzbereiche der Dienststelle. Der Dienstchef, Célestin Thétaz, stellt die Tätigkeit der Dienststelle anhand des politischen Leistungsauftrags 2007 detailliert vor.

Die Struktur des Kantonslaboratoriums wurde durch das Hinzukommen des Veterinärwesens im Jahr 2006 geändert. Das politische Ziel umfasst die Gesichtspunkte im Zusammenhang mit dem Veterinärwesen und die Produktgruppe des ehemaligen Veterinärdienstes wurde ergänzt mit 4 Produkten unverändert in die neue Struktur der Dienststelle aufgenommen.

DETAILBERATUNG DES BERICHTS

Politisches Ziel 1 "Förderung der Lebensmittelsicherheit, Kontrolle des Handels mit gefährlichen Substanzen, Bekämpfung von Tierseuchen, Überprüfung des Wohlbefindens von Tieren und Hundekontrolle gemäss der rechtlichen eidgenössischen und kantonalen Grundlagen"

Keine besonderen Bemerkungen.

Politische Teilziele

- Zum Teilziel 1.1, *Durch Inspektionen eine Lebensmittelherstellung und -handhabung unter besten hygienischen Bedingungen sicherstellen (Lebensmittelbetriebe, Handel, Weinlesekontrolle, Wasserversorgung)*, und insbesondere zur Pilzkontrolle erläutert die Dienststelle, dass das Kantonslaboratorium nur beim Pilzhandel tätig wird. Für Private arbeiten die Kontrolleure im Allgemeinen gratis.
- Im Zusammenhang mit dem Teilziel 1.5, *Bekämpfung von Tierseuchen und von auf den Menschen übertragbaren Krankheiten*, weist die Dienststelle darauf hin, dass für Unvorhergesehenes ein Spezialfonds, der gegenwärtig mit rund 4,7 Millionen Franken dotiert ist, geschaffen wurde. Dieser Fonds wird vom Viehhandel gespeist.
- Zum Teilziel 3, *Wahrung der Sicherheit von Personen gegenüber gefährlichen bzw. potenziell gefährlichen Hunden*, verlangt die Kommission Erläuterungen zu den Hirtenhunden, deren Besitzer die Gesetzgebung nicht beachten. Man antwortet, dass gewisse Hundekategorien ausgenommen wurden; dazu gehören gerade die Hirtenhunde.

Prioritäre Massnahmen

- Im Zusammenhang mit der prioritären Massnahme 3, *Neueinteilung der Kontrollaufgaben des kantonalen Laboratoriums im Zusammenhang mit dem Konsumentenschutz*, muss man darauf hinweisen, dass das Laboratorium im Gegensatz zu den Kontrolleuren der Gemeinden akkreditiert ist. Da die neue Gesetzgebung die Akkreditierung der amtlichen Inspektionsdienste vorschreibt, wird die Kantonalisierung der Inspektionen kurzfristig obligatorisch.
- Zur prioritären Massnahme 4, *Ausarbeitung eines neuen kantonalen Tierseuchengesetzes*: Die Revision des kantonalen Gesetzes über die Tierseuchen wird schon dieses Jahr beginnen.

Leistungsindikatoren

- Beim Leistungsindikator 1, *Anzahl der vom Lebensmittelinspektorat vorgenommenen Inspektionen*, umfassen die 1 159 Inspektionen nur die vom Kantonslaboratorium durchgeführten Inspektionen; die von den Kontrolleuren der Gemeinden ausgeführten Kontrollen werden an dieser Stelle nicht mitgezählt. Die Kontrollen finden gezielt statt und ihre Häufigkeit hängt von den potenziellen Risiken (APH, Schulen etc.) ab. Ungefähr 65 % der Anstalten werden jährlich kontrolliert. Inspektionen auf Anzeige hin sind geläufig; diese werden mit der nötigen Sorgfalt und Diskretion durchgeführt. Nur die Kosten für Analysen und Inspektionen, aus denen hervorgeht, dass es Unregelmässigkeiten gibt, werden den Widerhandelnden in Rechnung gestellt.

- In Verbindung mit dem Leistungsindikator 7, *Anzahl der besuchten Klassen im Rahmen des Programms zur Unfallverhütung durch Bisse (PAM-Programm) (im Jahr 2005: 120) (geplant für 2006: 159)*, wird darauf hingewiesen, dass die mit dem PAM-Programm beauftragten Animatoren mit dem Ertrag aus den Hundemedailles finanziert werden.

Finanzielle Mittel

- Die Frage der Kommission, weshalb die Rubrik 30 (Personalaufwand) gegenüber 2006 um 79 000.- zurückging, wird wie folgt beantwortet: Die Differenz kommt von den Weinlesekontrollleuren, deren Reisekosten künftig aus der Rubrik 317 finanziert werden. Die Kontrollen sind systematisch, aber die Kontrolleure machen nur unangekündigte Kontrollen bei den Kellern, die weniger als 5 000 kg lesen (ungefähr 200 Keller). Die Bedeutung von Stichproben hat seit der Einführung der AOC und der Kontrollen im Rebberg abgenommen, denn sehr wenige Weinlesen werden deklassiert.
- Die Kommission fragt, woher die voraussichtlichen Einnahmen von 345 000.- beim Produkt 1101 *Inspektion Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände* kommen. Die Dienststelle antwortet, dass diese Einnahmen von den Kontrollen, die der Kanton für die Gemeinden ausführt (35 % der Gemeinden nehmen die Dienstleistungen des Kantons auf diesem Gebiet in Anspruch), und von den Kosten aus den Inspektionen, bei denen Unregelmässigkeiten festgestellt werden, stammen.

Das Budget wird unverändert angenommen.

Personelle Mittel

Keine besonderen Bemerkungen

Allgemeine Bemerkungen

Die allgemeine Bemerkung wird wie folgt ergänzt: **Leistungsindikator 8: Die 23 Fälle anderer Art sind Übermittlungen an den Kanton des Wohnsitzes, Verwarnungen und Überprüfung plötzlicher Euthanasievornahmen durch den Hundebesitzer. Sowohl die gesetzliche Meldepflicht als auch die wachsende Sensibilität der Bevölkerung sind Faktoren, die auf eine wachsende Häufigkeit der Anzeigen hinweisen.*

Hängige Anträge auf Anpassung der Leistungsaufträge

Der Antrag auf Anpassung, der im Rahmen des Budgetverfahrens 2006 eingereicht wurde und von der thematischen Kommission nicht behandelt werden konnte, wird einstimmig abgelehnt.

SCHLUSSENTSCHEID

Abgesehen von der Ergänzung, die bei der allgemeinen Bemerkung angebracht wurde, formuliert die Kommission keinen neuen Antrag, den politischen Leistungsauftrag 2007 des Kantonslaboratoriums und Veterinärwesens zu ändern.

Der Kommissionspräsident schliesst die Beratungen, und die Sitzung wird um 13.00 Uhr aufgehoben.

Der Präsident
Willy Giroud

Der Berichterstatter
Gabriel Luisier



Grand Conseil
Commission de l'agriculture, du tourisme et de l'environnement

Grosser Rat
Kommission für Landwirtschaft, Tourismus und Umwelt

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS

Bericht der Kommission für Landwirtschaft, Tourismus und Umwelt: Prüfung der Leistungsaufträge 2007 der kantonalen Dienststelle für Landwirtschaft und der Dienststelle für Raumplanung

Sitzungsteilnehmer: Willy Giroud, Präsident; Gabriel Luisier, Berichterstatter; Stefan Zurbriggen; Hans-Ulrich Weger; Georges Emery; Daniel Troger; Liliane Brigger; Joseph Zuffery; Olivier Borgeat; Beat Eggel; Marylène Volpi; Evelyne Gard; Patrick Berod

Vertreter der FIKO: Jean-Pierre Penon

Vertreter der GPK: Enrique Caballero

Departement: Jean-Michel Cina, Staatsrat,
Francis Anzévi, Verantwortlicher für das Controlling des Departements,
Gérald Dayer, Chef der kantonalen Dienststelle für Landwirtschaft
René Schwéry, Chef der Dienststelle für Raumplanung
Urs Schnydrig, Adjunkt des Dienstchefs

Einleitung

Staatsrat Jean-Michel Cina erinnert an die Aufgabe des Departements, die darin besteht, «die Walliser Wirtschaft im Raum zum Wohl der Bevölkerung zu entwickeln».

I. Kantonale Dienststelle für Landwirtschaft

1. Allgemeine Auskünfte und Kommentare

Im Rahmen der einleitend erwähnten allgemeinen Aufgabe des Departements ist die Dienststelle für Landwirtschaft dazu da, «die besten Produkte in der schönsten Umgebung anzubieten». In der Form des politischen Ziels lautet dieser Auftrag wie folgt: «Schützen und Fördern der Walliser Landwirtschaft».

2. Bemerkung zu den Leistungsaufträgen

Gérald Dayer, Dienstchef, erläutert, dass seine Dienststelle ein einziges politisches Ziel verfolgt: «Schützen und Fördern der Walliser Landwirtschaft». Dieses Ziel wird mit zwei Schwerpunkten, den so genannten Produktgruppen (Landwirtschaftliche Strukturen; Betriebe und Produkte) verfolgt. Die Schwerpunkte werden durch 10 Produkte, mit denen zahlreiche Verfahren und Projekte verbunden sind, realisiert.

Politisches Ziel 1 Schützen und Fördern der Walliser Landwirtschaft

Ausführliche Beratung des Berichts

Gérald Dayer macht folgende Präzisierungen:

Politische Teilziele

Teilziel Nr. 4

Favorisierung einer Landwirtschaft, die sich nachhaltig entwickelt, die die Kulturlandschaft schützt und die der wachsenden Vergandung entgegenwirkt.

Ein Konzept zum Plan für ländliche Entwicklung ist nötig, um die Zonen wohlüberlegt festzulegen. Der Bund unterstützt ein solches Vorgehen, das mit der Dienststelle für Wald und Landschaft koordiniert werden muss.

Änderungen der gesetzlichen Grundlagen erweisen sich als nötig bei den Definitionen der Rodungen, der Betriebszone und anderen Zonen. Das muss untersucht werden.

Der Dienstchef macht sich Sorgen wegen der Unternutzung der Alpweiden, weil «einheimisches» Vieh fehlt. Tatsächlich geht das Phänomen, dass auf zahlreichen Alpweiden Vieh aus anderen Kantonen gesömmert wird, deutlich zurück. Diese Situation ist auf die hohen Kosten, namentlich für den Transport, und die Tatsache, dass das Vieh in den Talbetrieben weiden muss, zurückzuführen.

Teilziel Nr. 5

Fördern der Grund- und Weiterbildung, sowie Wertlegung der technisch-wirtschaftlichen Kenntnisse durch die Bewirtschafter.

Das Schwärmen für die Landwirtschaftsberufe.

Die Weiterbildung muss in Zusammenarbeit mit den anderen Kantonen verstärkt werden. Dazu wurde ein Westschweizer Pool gebildet.

Ab 2007 ist die Weiterbildung für alle neuen Bewirtschafter obligatorisch. Diese Pflicht gilt nicht rückwirkend.

Im Oberwallis, in Visp, wird die Weiterbildung schon rege benützt, viel mehr als im französischsprachigen Wallis, denn das Angebot ist besser entwickelt als in der Westschweiz. Es ist ausserdem eine Folge der landwirtschaftlichen Besonderheiten des Oberwallis.

Teilziel Nr. 7

Verwalten der Kompetenzzentren, welche als Vorzeigemodelle und für Forschungszwecke der Walliser Landwirtschaft angewandt werden.

Kompetenzzentren müssen entsprechend den zu entwickelnden Besonderheiten geschaffen werden – Doppelspurigkeiten müssen verhindert werden. Der Grundsatz der beiden Sprachen wird beachtet werden.

Eine erste Erfahrung wird bereits im Kompetenzzentrum Visp zum Kleinvieh gemacht.

Prioritäre Massnahmen

Priorität Nr. 5

Die Erneuerung und die Umstellung des Walliser Obstbaus fördern, um ein markt- und qualitätsgerechtes Angebot an Produkten für den Walliser Markt zu schaffen. Verbesserung der Organisation des Walliser Marktangebotes.

Auf die Antwort, ob ein Interesse an den alten Sorten besteht, antwortet Herr Dayer mit Ja, vor allem was die Reben anbelangt.

Das Interesse ist weniger gross für das Obst – es gibt aber einige Studien, die in diesem Bereich vom UKB durchgeführt werden, zum Beispiel für die Birnen.

Ebenfalls laut Herrn Dayer kann die Dienststelle gezielte Projekte, wie zum Beispiel für die hochstämmigen Bäume, unterstützen.

Priorität Nr. 6

Definition und Bereitstellung des Angebots an Aus- und Weiterbildung für Landwirte, ausgerichtet nach den Anforderungen der neuen Agrarpolitik und der Berufsbildung

Gibt es eine Verbindung zwischen landwirtschaftlicher Ausbildung und dem Tourismus?
Die Antwort von Herrn Dayer ist Ja, im Rahmen des laufenden Projekts «Agrotourismus».

Indikatoren

Gérald Dayer, Dienstchef, weist darauf hin, dass es schwierig ist, genaue Zahlen zu definieren.

Indikator Nr. 2

Anzahl Unternehmen und Produkte des Primärsektors, die der Marke «Valais» beitreten (Referenzjahr 2006).

Herr Dayer erinnert daran, dass die Marke «Valais» das Verhältnis der Unternehmen zum Tourismus und nicht direkt das Produkt betrifft.

In diesem Sinn wird auch darauf hingewiesen, dass es keine Pflicht für die Unternehmen gibt, die keine direkten Beziehungen zu den grossen Supermärkten haben.

Einige Kommentare werden auch zur Marke «Valais-Wallis» gemacht.

Verschiedenes

Auf finanzieller Ebene, die Entwicklung der Rubrik 30 Personalaufwand im Vergleich zum Budget 2006

Warum eine Erhöhung um Fr. 616 200.—, wo doch der Bestand gleich geblieben ist?

Herr Dayer macht folgende Bemerkungen:

Die Erhöhung beträgt nur 4,06 %.

Das betrifft die Teuerung und jährlichen Erhöhungen gemäss Reglement.

Es sei auch auf die Erhöhung für das Lehrpersonal um Fr. 175 000.— hingewiesen, die von der Eröffnung von 3 zusätzlichen Klassen (180 Schüler) verursacht wird.

Trockenmauern

Werden dafür Mittel zur Verfügung gestellt?

Herr Dayer antwortet mit Ja, insofern, dass es in einer Region eine Planung im Rahmen der Entwicklung des «ländlichen Raums» gibt.

Allgemeinere Fragen und Kommentare, die nicht direkt das Budget 2007 betreffen, wurden ebenfalls erwähnt.

3. Änderungsanträge für die Aufträge 2007

Politisches Ziel Nr.1

Teilziel Nr. 3 *Verbessern der Rentabilität der Walliser Landwirtschaft durch eine verstärkte Professionalisierung, durch Förderung der Diversifizierung von Produkten und Tätigkeiten sowie durch Anpassung des Angebotes an die Marktbedürfnisse, damit eine bessere Wertschöpfung erreicht wird.*

Neu

Verbessern der Rentabilität der Walliser Landwirtschaft durch eine verstärkte Professionalisierung, durch Förderung der Diversifizierung von Produkten und Tätigkeiten, **insbesondere durch den Agrotourismus**, sowie durch Anpassung des Angebotes an die Marktbedürfnisse, damit eine bessere Wertschöpfung erreicht wird.

Auf Grund der abgegebenen Erläuterungen, wird kein anderes Änderungsgesuch gestellt.

Der politische Leistungsauftrag 2007 der Kantonalen Dienststelle für Landwirtschaft wird von den anwesenden Kommissionsmitgliedern in der vorgestellten Form einstimmig gutgeheissen; die unter Punkt 3 verlangte Änderung wird berücksichtigt.

II. Dienststelle für Raumplanung

1. Allgemeine Auskünfte und Kommentare

Im Rahmen der einleitend erwähnten allgemeinen Aufgabe des Departements lautet das politische Ziel 2007 der Dienststelle: «Sicherstellen einer zweckmässigen und haushälterischen Nutzung des Bodens und Abstimmen der raumwirksamen Tätigkeiten».

2. Bemerkungen zu den Leistungsaufträgen

René Schwéry, Dienstchef, erklärt, dass seine Dienststelle ein einziges politisches Ziel, auf das oben hingewiesen wurde, verfolgt. Dieses Ziel wird mit zwei Schwerpunkten, den so genannten Produktgruppen (Sicherstellen einer zweckmässigen Bodennutzung; Abstimmen der raumwirksamen Tätigkeiten) verfolgt. Diese Schwerpunkte werden durch 4 Produkte, zu denen Projekte gehören, realisiert. Herr Schwéry weist darauf hin, dass seine Dienststelle eine Stabsaufgabe mit einem Gesamtüberblick und nicht eine Aufgabe der sektoriellen Politik hat. Es geht darum, eine grundlegende Dienstleistung für die Institutionen und Akteure, die ein Interesse daran haben, dass geeignete Instrumente, mit denen die gesetzlichen und reglementarischen Grundlagen ausgeführt werden können, zur Verfügung gestellt werden.

Politisches Ziel 1

Ausführliche Beratung des Berichts

Der Dienstchef, René Schwéry, macht folgende Bemerkungen:

Politische Teilziele

Teilziel Nr. 5

Abstimmen der raumwirksamen Tätigkeiten mit den Raumplanungszielen und dem kantonalen Richtplan

Herr Schwéry weist darauf hin, dass der Richtplan keine materielle Bestimmung ist. Ausgehend von diesem Hinweis wird die Frage aufgeworfen, ob man dieses Teilziel beibehalten soll, wenn es keine Auswirkung hat? Ausserdem ist dieses Ziel laut Grossrat Bérood nicht politisch, sondern operationell. Muss man es also auf dieser Ebene beibehalten?

Der Dienstchef antwortet, dass es wesentlich ist, es beizubehalten, denn die Koordination und die Stellungnahmen für die Entscheidbehörde sind auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen obligatorisch.

Schliesslich entscheidet die Kommission, es beizubehalten.

Staatsrat Cina weist darauf hin, dass man eine kantonale Strategie schaffen muss, die dann von den Gemeinden beachtet werden sollte. Aber die Gemeindeautonomie bildet eine andere Realität.

Prioritäre Massnahmen

Priorität Nr. 2

Einschränkung der Bauzonen, insbesondere längs wichtiger Verkehrsachsen und im Bereich der Gefahrenzonen

Auf die Frage, ob diese Priorität punktuell geprüft werde, damit sie mit der Wirklichkeit übereinstimmt, antwortet Herr Schwéry mit Ja und weist darauf hin, dass das auf Grund der Blätter des Richtplans geschieht und dass ein Controlling eingerichtet wird.

Priorität Nr. 4

Erhaltung eines minimalen Angebotes an Gütern und öffentlichen Diensten für die Dörfer und Gemeinden mit mehr als 250 Einwohnern

Welche Massnahmen werden dazu ergriffen, wird diese Priorität eingehalten?

Herr Schwéry weist darauf hin, dass seine Dienststelle nur im Rahmen der gesetzlichen und reglementarischen Bestimmungen Stellungnahmen abgeben kann und dass sie nicht Entscheidbehörde ist. Die Gemeinden haben ihre Zuständigkeiten. Sie werden im Rahmen der eingereichten Projekte eingeladen, für die Erhaltung dieses minimalen Angebots zu sorgen.

Ende der 90er-Jahre und Anfang 2000 gab es eine starke Konzentration von Supermärkten, insbesondere in Châteauneuf-Contthey, obwohl die Dienststelle eher zurückhaltende Stellungnahmen abgegeben hatte. Wenn die Entscheidbehörden die Stellungnahmen der Dienststelle vermehrt beachteteten, wäre die Konzentration ohne Zweifel weniger gross.

Staatsrat Cina weist darauf hin, dass es schwierig ist, die Geschäfte zu bremsen. Die politische Frage lautet ausserdem: «Muss man den Geschäften über die Regionalpolitik mit öffentlichen Geldern helfen?»

Welche Politik wird bei den Tankstellen mit Shops verfolgt?

Herr Schwéry antwortet, dass dieser Bereich nicht unmittelbar die Dienststelle für Raumplanung betrifft, sondern dass er mit den Parkplätzen verbunden ist. Das betrifft also die Strassen. Die Dienststelle, die die Patente ausstellt, ist ebenfalls direkt betroffen.

Indikatoren

Herr Schwéry weist auf die Schwierigkeit hin, Zahlen festzuhalten, denn für seine Dienststelle ist das der erste Leistungsauftrag.

Indikator Nr. 4

Verhältnis zwischen permanenter Bevölkerung und Fremdenbetten

Ein Grossrat weist darauf hin, dass dieser Indikator nicht angemessen und nicht durchführbar ist, denn er widerspricht dem Ziel, die Bevölkerung in den Seitentälern (Beispiel: Liddes und Bagnes) zu halten; er ist deshalb unnütz. Grossrat-Suppleant Bérood beantragt, ihn mit einem demografischen Bild zu ergänzen. Um welche Art von permanenten Bewohnern handelt es sich: um Pensionierte, Jugendliche, junge Ehepaare usw.?

Der Departementsvorsteher weist darauf hin, dass solche Überlegungen auf Kantonsebene angestellt werden müssen (gewünschte, mögliche Varianten, Tendenzen). Dazu braucht es Indikatoren.

Nach dieser Diskussion wird der Indikator beibehalten.

Es wird auch darauf hingewiesen, dass die Wahl der Indikatoren im Rahmen des New Public Management grundlegend ist.

Verschiedenes

Die Kommission erwähnt die Notwendigkeit, die Gesetzgebungen zu prüfen, um die bei der Wirtschaftsförderung und der Raumplanung angestrebten Ziele zu realisieren.

Die Kommission hält fest, dass bei jeder Gesetzesausarbeitung oder -änderung sämtliche gesetzlichen Bestimmungen, die die betreffende Materie berühren, überprüft werden müssen. So stellen zum Beispiel die Gesetze in den Bereichen Tourismus, Beherbergung, Raumplanung und Landwirtschaft eng miteinander verbundene Bereiche dar.

Da die Kommission die Kohärenz der Gesetzgebung zu stärken wünscht, müsste dieser Grundsatz bereits bei der Revision des Tourismusgesetzes zur Anwendung gelangen und, ganz allgemein, bei der Prüfung jedes Rahmengesetzes.

Im Bereich der Raumplanung unterstreicht die Kommission, dass die seit 1992 nicht mehr überprüften Ziele des Entscheids vom Oktober 1992 angepasst und nachgeführt werden müssten. Die Kommission wird sich demnächst mit diesen Fragen, die eine eingehende Prüfung verlangen, befassen.

3. Änderungsanträge für die Aufträge 2007

Politisches Ziel Nr. 1

Teilziel Nr. 5

Abstimmen der raumwirksamen Tätigkeiten mit den Raumplanungszielen und dem kantonalen Richtplan

Neu

Rechtzeitiges Abstimmen der raumwirksamen Tätigkeiten mit den Raumplanungszielen und dem kantonalen Richtplan

Auf Grund der abgegebenen Erläuterungen wird kein anderes Änderungsgesuch gestellt.

Der politische Leistungsauftrag 2007 der Dienststelle für Raumplanung wird von den anwesenden Kommissionsmitgliedern in der vorgestellten Form einstimmig gutgeheissen; die unter Punkt 3 verlangte Änderung wird berücksichtigt.

Der Präsident
Willy Giroud

Der Berichterstatter
Gabriel Luisier



Bericht der Kommission für öffentliche Sicherheit: Prüfung der Leistungsaufträge 2007

Die Kommission für öffentliche Sicherheit (ÖS) trat am Montag, 11. September 2006, 08.00 Uhr, im *centre de conduite L2VS* in Saint-Maurice zusammen, um die Leistungsaufträge der Dienststelle für Strassenverkehr und Schifffahrt, der Strafanstalten, der Dienststelle für Jagd, Fischerei und Wildtiere sowie der Dienststelle für zivile Sicherheit und Militär zu analysieren.

Sitzungsteilnehmer/-innen

Anwesende Kommissionsmitglieder: André Vernay, Präsident; Gérald Varone, Berichterstatter; Pascal Bridy; Alexandre Caillet; Yves Carrupt; Olivier Delaloye; Jean-Paul Dupertuis; Marie-Claude Ecoeur; Felix Ruppen; Claudine Oggier; Viviane Zehnder.

Vertreter der FIKO: Philippe Es-Borrat; Marcelle Monnet-Terrettaz; Gilbert Tornare.

Vertreterin der GPK: Brigitte Diserens.

Parlamentsdienst: Nicolas Sierro, wissenschaftlicher Mitarbeiter.

DFIS: Jean-René Fournier, Departementsvorsteher,
Xavier Bertelletto, Departementscontrolling.

DSUS: Pierre-Joseph Udry, Dienstchef.

SA: Christian Varone, Direktor,
Myriam Fournier, Finanz- und Buchhaltungsverantwortliche.

DJFW: Peter Scheibler, Dienstchef.

DZSM: Nicolas Moren, Dienstchef.

I. Dienststelle für Strassenverkehr und Schifffahrt

1. Informationen und Bemerkungen zur Dienststelle

Aufgrund der Probleme mit dem Informatiksystem wurde die Dienststelle einem externen Audit unterzogen. Die im Rahmen dieses Audits empfohlenen Korrekturmaassnahmen wurden in die prioritären Massnahmen der Dienststelle integriert. Bis auf die Darstellung der Rechnungen scheinen die Probleme allgemein gelöst zu sein.

2. Bemerkungen zum Leistungsauftrag

Prioritäre Massnahmen

- Die Kommission weist auf die unternommenen Anstrengungen bei den prioritären Massnahmen hin. Diese entsprechen nun besser den Tätigkeiten der Dienststelle.
- Aus der Zufriedenheitsbefragung der Kunden resultierte ein allgemeiner Zufriedenheitsgrad von 8.5/10. Aus der Befragung ging auch hervor, dass bei der Wartezeit am Schalter und der Entgegennahme von Telefonanrufen Verbesserungspotenzial besteht. Hier müssen schnell Verbesserungen angestrebt werden.
- In Bezug auf die Frage, ob die Dienststelle in eine unabhängige Anstalt umgewandelt werden sollte, antwortet Staatsrat Fournier, dass zunächst einmal restrukturiert und konsolidiert werden müsse, bevor man weitere Schritte in diese Richtung unternehme.

Indikatoren

- Die Kommission weist darauf hin, dass der für 2007 anvisierte Prozentsatz der nicht innerhalb der gesetzlichen Frist kontrollierten Fahrzeuge trotz der Anstellung von vier zusätzlichen Experten gleich ist wie im Jahr 2006. Die Kommission verlangt hier ein „ehrgeizigeres“ Ziel.
- Die Kommission verlangt von der Dienststelle, für den Leistungsauftrag 2008 Indikatoren zu formulieren, die sich mit den Bereichen befassen, in denen eine schnelle Verbesserung nötig ist, d.h. bei der Wartefrist am Schalter und der Entgegennahme der Telefonanrufe.

Finanzressourcen

- Die Kommission verlangt, dass im Voranschlag 2008 zusätzliche Informationen zur Rubrik 49 „Interne Verrechnungen“ erscheinen.

3. Änderungsvorschläge für den Leistungsauftrag 2007

Politisches Ziel
Politisches Teilziel 1

Sicherstellen, dass die Personen geeignet und genügend ausgebildet sind, um sicher im öffentlichen Verkehr ein Fahrzeug führen zu können sowie Treffen von notwendigen **Administrativ** Massnahmen bei Verstössen gegen die Regeln im Strassen- und Schiffsverkehr

Politisches Teilziel 2
Leistungsindikator 6

Prozentsatz der Fahrzeuge, die nicht innerhalb der gesetzlichen Fristen kontrolliert wurden:
40% 36%

4. Beschluss der Kommission

Die anwesenden Kommissionsmitglieder nehmen den Leistungsauftrag 2007 mit den zwei vorgeschlagenen Änderungen einstimmig an.

II. Strafanstalten**1. Informationen und Bemerkungen**

Die Dienststelle verwendet im interkantonalen Kontext die Bezeichnung „*Walliser Strafanstalten*“, um sich von den Strafanstalten anderer Kantone zu unterscheiden. Da bei der Staatskanzlei als offizielle Bezeichnung gegenwärtig aber „*Strafanstalten*“ verwendet wird, muss diese Bezeichnung im Leistungsauftrag beibehalten werden.

2. Bemerkungen zum Leistungsauftrag*Prioritäre Massnahmen*

- Was die Verstärkung des medizinischen Dienstes in den Gefängnissen angeht, so hängt diese Massnahme nicht nur von den Strafanstalten ab. Die Kommission schlägt vor, dass die Präsidenten der drei betroffenen Kommissionen (öffentliche Sicherheit – Gesundheit, Sozialwesen und Integration – Justizkommission) gemeinsam eine entsprechende Motion einreichen.
- Die Kommission weist auf die Übereinstimmung der prioritären Massnahmen mit den Tätigkeiten der Dienststelle hin.

Indikatoren

- Die Dienststelle möchte keinen Indikator „Belegungsgrad“, da sie keinen Einfluss auf diesen Parameter hat. Ganz allgemein steht der Direktor Statistiken im Gefängnisbereich kritisch gegenüber.

Finanzressourcen

- Die Dienststelle weist auf die Differenz zwischen dem Aufwand in Rubrik 35 „Entschädigungen an Gemeinwesen“ (Fr. 1'134'400.-) und dem Ertrag in Rubrik 45 „Rückerstattungen von Gemeinwesen (Fr. 3'850'000.-) hin. Diese Differenz rührt daher, dass das Wallis eine beachtliche Anzahl von zu Gefängnisstrafen Verurteilten „importiert“.

Personal

- Die Kommission weist darauf hin, dass elf Hilfsangestellte eine Festanstellung erhalten.

3. Änderungsvorschläge für den Leistungsauftrag 2007

- Keine Vorschläge.

4. Beschluss der Kommission

Die anwesenden Kommissionsmitglieder nehmen den Leistungsauftrag 2007 einstimmig an.

III. Dienststelle für Jagd, Fischerei und Wildtiere**1. Bemerkungen zum Leistungsauftrag***Politische Teilziele*

- Der Hirschbestand im Kanton gibt zur Sorge Anlass. Was die Gämse betrifft, so muss die Jagdpraxis geändert werden, um ein Gleichgewicht in der Population zu erreichen.
- Die Kommission weist darauf hin, dass es beim Arten- und Biotopenschutz auch um die Fischbiotope geht.
- Die Kommission verlangt, dass im Leistungsauftrag 2008 beim Teilziel 4 der Ausdruck „Fischregal“ gestrichen wird. Neu sollte es heissen: „Gewährleistung der Fischbestände zur Förderung der Fischerei“.

Prioritäre Massnahmen

- Die Kommission wünscht, dass die Dienststelle für Wald und Landschaft bei der prioritären Massnahme 4 im Leistungsauftrag 2008 ebenfalls erwähnt wird.

Indikatoren

- Die Kommission verlangt von der Dienststelle, für 2008 nach Möglichkeit zu jedem politischen Teilziel mindestens einen Indikator zu formulieren.
- Die Kommission möchte, dass der Pfeil beim Indikator 2 durch eine Zahl ersetzt wird.
- Der Indikator 3 „Zufriedenheit der Partner nach den jährlichen Jagdsaisons“ stammt nicht etwa aus einer Zufriedenheitsbefragung, wie man dies vermuten könnte, sondern sagt aus, dass 95% der Jagdziele erreicht werden müssen (z.B. 95% der geplanten Anzahl Hirsche wurden während der Jagdperiode erlegt). Die Kommission verlangt, dass die Indikatoren 3 und 4 im nächsten Leistungsauftrag neu formuliert werden, damit klar zum Ausdruck kommt, was die Dienststelle messen will.
- Was die Beschränkung der Wildschäden angeht, so weist die Dienststelle darauf hin, dass dieses Ziel angesichts der höheren Entschädigungen für Heuverlust und der Wolfschäden nur schwer zu erreichen sein wird.

2. Änderungsvorschläge für den Leistungsauftrag 2007

Politisches Teilziel 3

Leistungsindikator 2

Verbesserung des Geschlechtsverhältnisses bei der Gämssjagdstrecke (...): ➔ **-200 männliche Tiere**

3. Im Rahmen des Leistungsauftrags 2006 vorgebrachter Änderungsvorschlag

Die Kommission lehnt das folgende von Grossrat German Eyer (SPO) vorgeschlagene Teilziel ab: *Ausarbeitung eines einkommensabhängigen Patentregimes:*

- 0 Stimmen dafür
- 10 Stimmen dagegen
- 1 Enthaltung

4. Beschluss der Kommission

Die anwesenden Kommissionsmitglieder nehmen den Leistungsauftrag 2007 mit der vorgeschlagenen Änderung einstimmig an.

IV. Dienststelle für zivile Sicherheit und Militär

1. Bemerkungen zum Leistungsauftrag

Prioritäre Massnahmen

- Die Dienststelle hat den letztjährigen Vorschlag von Grossrat Alexandre Caillet, eine Einkaufszentrale für das Material der Feuerwehr und des Zivilschutzes einzurichten, in die prioritären Massnahmen aufgenommen (Massnahme 4).
- Die Kommission stellt ausserdem mit Genugtuung fest, dass ihre Forderung nach einer Revision der Gesetzesgrundlagen betreffend die Gebäudekontrolle in den Gemeinden in der prioritären Massnahme 5 ihren Niederschlag gefunden hat.
- Die prioritären Massnahmen 6 (*Einführung einer Retablierungsstelle und eines vorOrt-Depots im Wallis*) und 7 (*Ankauf der Gebäude des ehemaligen AMP in Sitten*) sind voneinander abhängig. Falls es nicht gelingt, dem Bund den AMP Sitten abzukaufen, müsste auch ein anderer Standort für die Retablierungsstelle und das Depot gesucht werden.
- Die Kommission schlägt vor, die prioritäre Massnahme 7 neu zu formulieren, damit der Zusammenhang mit den Massnahmen 4 und 6 besser zum Ausdruck kommt.

Indikatoren

- Die Kommission verlangt von der Dienststelle, im Hinblick auf den Leistungsauftrag 2008 über Indikatoren nachzudenken, mit denen sich das Erreichen der politischen Teilziele 2 und 4 messen lässt.

Finanzressourcen

- Die Zunahme bei Rubrik 50 „*Eigene Investitionen*“ resultiert aus dem geplanten Kauf des AMP Sitten, der sich auf dem Kasernenareal befindet und dem Bund gehört.
- Zur Abnahme bei den Beiträgen für eigene Rechnung (Rubrik 46) kommt es aufgrund der nicht mehr bezahlten Bundessubventionen für das Zeughaus Sitten.

2. Änderungsvorschläge für den Leistungsauftrag 2007

- Keine Vorschläge.

3. Im Rahmen des Leistungsauftrags 2006 vorgebrachter Änderungsvorschlag

Wie bereits erwähnt, schlug Grossrat Alexandre Caillet letztes Jahr die Hinzufügung folgender prioritärer Massnahme vor: „*Prüfung der Schaffung einer Einkaufszentrale für Material der Feuerwehr und des Zivilschutzes*“. Die Dienststelle hat diesen Vorschlag im Leistungsauftrag 2007 berücksichtigt und die Kommission heisst diese Massnahme einstimmig gut.

4. Beschluss der Kommission

Die anwesenden Kommissionsmitglieder nehmen den Leistungsauftrag 2007 einstimmig an.

Sitten, den 26. September 2006

Der Präsident
André Vernay

Der Berichterstatter
Gérald Varone



Grand Conseil
Commission de la santé, des affaires sociales et de l'intégration

Grosser Rat
Kommission für Gesundheit, Sozialwesen und Integration

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS

Bericht der thematischen Kommission für Gesundheit, Sozialwesen und Integration: Prüfung der Leistungsaufträge 2007

Die Kommission für Gesundheit, Sozialwesen und Integration (GSI) trat am Freitag, 15. September 2006, 8.00 Uhr, zusammen, um die Leistungsaufträge der Dienststelle für Gesundheitswesen, der Dienststelle für Sozialwesen, der Dienststelle für Arbeitnehmerschutz und Arbeitsverhältnisse und des medizinischpädagogischen Zentrums „La Castalie“ zu prüfen.

Sitzungsteilnehmer/-innen

Anwesende Kommissionsmitglieder: Marc-Henri Gauchat, Vizepräsident, René Loretan, Berichterstatter, Robert Musolla (in Vertretung von Sonia Métrailler), Raymond Mottier, Robert Sarbach (in Vertretung von Doris Schmidhalter-Näfen), Marie-Noëlle Massy-Mittaz, Grégoire Dussex (nur Vormittag), Jean-Luc Addor, Angelica Brunner (in Vertretung von Verena Sarbach), Irmina Imesch-Studer (in Vertretung von Zita Burgener-Imoberdorf), Marcelle Monnet-Terrettaz (in Vertretung von Jean-Marc Zufferey), Jérôme Buttet.

Entschuldigt: Pascal Moulin, Präsident, Zita Burgener-Imoberdorf, Sonia Métrailler, Verena Sarbach-Bodenmüller, Doris Schmidhalter-Näfen.

Vertreter der FIKO: Beat Imboden, Edmond Perruchoud.

Vertreter der GPK: Pascal Rey.

Parlamentsdienst: Nicolas Sierro, wissenschaftlicher Mitarbeiter.

DGSE: Thomas Burgener, Departementsvorsteher,
Damian Mottier, Departementscontrolling.

DGW: Georges Dupuis, Kantonsarzt,
Victor Fournier, Verantwortlicher Verwaltung und Finanzen.

GNW: Raymond Pernet, Verwaltungsratspräsident,
Dietmar Michlig, Generaldirektor.

DSW: Simon Darioli, Dienstchef.

DAA: Marc-André Tudisco, Dienstchef,
Marcel Schwestermann, administrativer Adjunkt.

La Castalie: Michel Giroud, Direktor,
Marinette Gessler, Verwalterin.

I. Dienststelle für Gesundheitswesen

1. Bemerkungen zum Leistungsauftrag

Politische Ziele

- Die politischen Ziele und Teilziele sind dieselben wie letztes Jahr, da sie auf der geltenden Gesetzgebung basieren.

- Bei der „Anzahl vermeidbarer Frühodesfälle“ beim Teilziel 1.1.1 geht es nicht nur um Suizide, sondern auch um die Opfer von Krebsarten, die sich durch Prävention vermeiden liessen sowie Unfälle unter Alkoholeinfluss oder unter dem Einfluss anderer Substanzen usw.
- Die Kommission möchte mehr zum Stand der Dinge punkto Übernahme der Spital-Infrastrukturen im Rahmen der Spitalplanung erfahren. Die Dienststelle wird den Kommissionsmitgliedern die entsprechenden Informationen liefern.

Prioritäre Massnahmen

- Die Kommission weist darauf hin, dass die Alkoholprävention bei Jugendlichen zwar bei den politischen Teilzielen (1.1.2) erscheint, jedoch nicht bei den prioritären Massnahmen. Sie schlägt vor, die prioritären Massnahmen entsprechend zu ergänzen.
- Die Ergebnisse der Zufriedenheitsumfrage beim Pflegepersonal des GNW sollten im ersten Halbjahr 2007 vorliegen.

Leistungsindikatoren

- Die Kommission verlangt einen Indikator in Bezug auf die neue prioritäre Massnahme „Präventionsprojekte zur Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs bei Jugendlichen und Minderjährigen“.
- Bezüglich Indikator 11 (Anzahl Betten in den Alters- und Pflegeheimen) ergänzt die Dienststelle, dass das Ziel für 2013 bei 2890 Betten liegt.

Personal

- Die Kommission stellt mit Genugtuung fest, dass das Statut der Hilfsangestellten angepasst wurde, warnt aber gleichzeitig davor, nun wieder neue Hilfsangestellte anzustellen.

Finanzressourcen

- Die von Grossrätin Marylène Volpi Fournier und Grossrat Pascal Rey letztes Jahr vorgebrachten Vorschläge (Rubrik 36 Eigene Beiträge) wurden im Budget 2007 berücksichtigt. Vereinigungen, die im Bereich der Suizidprävention tätig sind, werden nun mit Fr. 150'000 unterstützt.

2. Änderungsvorschläge für den Leistungsauftrag 2007

Teilziel 1 Prioritäre Massnahme (neu) Präventionsprojekte zur Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs bei Jugendlichen und Minderjährigen
--

Teilziel 1 Leistungsindikator (neu) Anzahl Anlässe, die das Label FIESTA erhalten haben (Ziel für 2007): 35
--

Teilziel 2 Leistungsindikator 12 Deckungsgrad zu Lasten der Versicherer für Spitalausgaben: (Ziel für 2007) 47.5% 49%
--

3. Im Rahmen des Leistungsauftrags 2006 vorgebrachte Änderungsvorschläge

- Die Dienststelle hat die Vorschläge der SPO (durch Marylène Volpi Fournier) und von Pascal Rey betreffend Erhöhung der Subvention für die Suizidprävention im Budget 2007 berücksichtigt (siehe Punkt 1 bei *Finanzressourcen* weiter oben).
- Die verschiedenen von Pascal Rey vorgeschlagenen Änderungen von Zielen und prioritären Massnahmen wurden im Leistungsauftrag 2007 berücksichtigt.
- Die zwei Vorschläge der PS/AdG-Fraktion (durch Jean-Marc Zufferey) bedürfen keiner Prüfung mehr, da diese als Ausgleich zum Vorschlag der Fiko (Streichung von 4 Mio. Franken bei der Subvention für das GNW) im Rahmen des Budgets 2006 gedacht waren. Angesichts der Tatsache, dass die Fiko ihren Vorschlag zurückgezogen hat, sind diese Vorschläge also hinfällig.

4. Beschluss der Kommission

Die anwesenden Kommissionsmitglieder nehmen den Leistungsauftrag 2007 **einstimmig** an.

II. Dienststelle für Sozialwesen

1. Informationen zur Dienststelle

- Im Sozialwesen liegen viele Entscheide, die einen grossen Einfluss auf das Budget der Dienststelle haben, im Zuständigkeitsbereich der Gemeinden.
- Die NFA und der Verantwortungstransfer vom Bund auf die Kantone werden im Bereich der Sozialwerke zu einer grossen Reorganisation führen, insbesondere im finanziellen Bereich.

2. Bemerkungen zum Leistungsauftrag

Politische Ziele und Teilziele

- Angesichts des Rückgangs der Anzahl Asylbewerber und somit der Bundespauschalen zugunsten des Kantons wird das Asylwesen in den kommenden Jahren wahrscheinlich nicht mehr selbstfinanziert sein. In den 90er-Jahren beruhten die Bundespauschalen auf dem schweizerischen Durchschnitt der Kosten pro Asylbewerber. Die effektiven Kosten des Kantons Wallis pro Asylbewerber waren tiefer als die erhaltenen Pauschalen, so dass ein Reservefonds gebildet werden konnte.

Prioritäre Massnahmen

- Mit dem Projekt SOSTAT+ sollte es möglich sein, eine nationale Sozialhilfe-Statistik zu erhalten.
- Die Dienststelle hat ein Gesuch für die Anstellung eines zusätzlichen Mitarbeiters gestellt, der für Fragen in Zusammenhang mit der Einführung der NFA zuständig wäre.
- Im Rahmen des Mantelerlasses betreffend die NFA muss darauf geachtet werden, dass es nicht zu einem Lastentransfer kommt und dass eine gewisse „Kostenneutralität“ zwischen Kanton und Gemeinden bestehen bleibt.

Leistungsindikatoren

- Bezüglich Indikator 11 *Verhältnis indirekter Aufwand/Zahl der Asylbewerber* gilt es zu sagen, dass die Zahl der Asylbewerber schneller abnimmt als die indirekten Kosten. Es dauert einige Zeit, bis beispielsweise die Infrastrukturen angepasst sind. Dieser Indikator wird also in den nächsten Jahren zweifelsohne zunehmen.

Personal

- Die Kommission bemerkt, dass der Personalaufwand sinkt (Rubrik 30), obwohl die Zahl der Beamten um 1.6 Einheiten zunimmt. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Mitarbeiter, die sich um die Asylbewerber kümmern und deren Stellen nun gestrichen wurden, noch nicht das Beamtenstatut hatten. Deshalb nimmt der Personalaufwand, nicht aber die Zahl der Beamtenposten ab.
- Im Zusammenhang mit der Umwandlung von Hilfsangestelltenposten in Beamtenposten gilt es zu erwähnen, dass im kommenden Jahr 0.5 Einheiten bei den Hilfsangestellten bestehen bleiben. Laut Dienststelle handelt sich dabei um einen Sonderfall.

Finanzressourcen

- Die Kommission möchte nähere Informationen zu den Fr. 600'000.-, die für die Entwicklung eines Informatikprojekts vorgesehen sind. Die Dienststelle erklärt, dass dieses Projekt, mit welchem sämtliche Institutionen an das gleiche Informatiksystem angeschlossen werden sollen, aus technischen Gründen nicht vollumfänglich von der Kantonalen Dienststelle für Informatik (KDI) umgesetzt werden kann. Die KDI ist jedoch massgeblich am Projekt beteiligt, namentlich im Bereich Projektleitung. Bei den Fr. 600'000.- handelt es sich nur um eine erste Finanzierungstranche.

3. Änderungsvorschläge für den Leistungsauftrag 2007

- Keine Vorschläge.

4. Beschluss der Kommission

- Die Kommission nimmt den Leistungsauftrag 2007 **mit 8 Stimmen bei 3 Enthaltungen** an. Die sich der Stimme enthaltenden Kommissionsmitglieder begründen ihr Votum damit, dass die Umwandlung von Hilfsangestelltenposten in Beamtenposten unter dem Gesichtspunkt der Notwendigkeit der Funktion (des Postens) geschehen sollte und nicht aufgrund der individuellen Situation der Person, die den Posten innehat.

III. Dienststelle für Arbeitnehmerschutz und Arbeitsverhältnisse

1. Informationen zur Dienststelle

- Wenn man nur den Nettoaufwand betrachtet, so ist die Dienststelle für Arbeitnehmerschutz und Arbeitsverhältnisse eine eher unwichtige Dienststelle. Doch sie spielt eine nicht zu unterschätzende „prophylaktische“ Rolle im Bereich Arbeitssicherheit und bei der Konfliktbeilegung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Sie leistet einen grossen Beitrag zum reibungslosen Funktionieren der Walliser Wirtschaft.
- Der Entwurf des Ausführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die minimalen Arbeits- und Lohnbedingungen für in die Schweiz entsandte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und flankierende Massnahmen sowie zum Bundesgesetz über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit wird dem Parlament in der Novembersession 2006 unterbreitet.

2. Bemerkungen zum Leistungsauftrag

Politische Ziele und Teilziele

- Die Steigerung der Arbeitssicherheit ist für die Unternehmen und die Gesellschaft als Ganzes wirtschaftlich lohnenswert. Von 1990 bis heute haben die Unfälle um 30% abgenommen. Wäre das Unfallrisiko auf der gleichen Stufe wie im Jahr 1990 geblieben, so hätte dies zusätzliche Kosten von 1 Milliarde Franken für die Versicherungen und 2.5 Milliarden Franken für die Wirtschaft zur Folge gehabt.
- Konfliktprävention und -beilegung müssen weiterhin zu den Hauptzielen der Dienststelle gehören, da dies für den Arbeitsfrieden wichtig ist. Der Arbeitsfrieden ist einer der wichtigsten Gründe, weshalb sich Unternehmen für den Standort Schweiz entscheiden.

Prioritäre Massnahmen

- Die Prävention zur Gewährleistung von Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz ist in erster Linie Aufgabe des Arbeitgebers. Die Dienststelle unterstützt und fördert entsprechende Aktionen in Zusammenarbeit mit den verantwortlichen Personen, die Umsetzung bleibt jedoch Sache der Arbeitgeber.
- Für KMU existieren Ausbildungsgänge, die ihnen helfen, ein einfaches und pragmatisches Sicherheitssystem auf die Beine zu stellen, denn oft sind sie in diesem Bereich überfordert.
- Auch andere indirekte Präventions- und Informationsformen sind möglich, wie z.B. die vergangene Kampagne zur CO₂-Bekämpfung in den Weinkellereien. Im letzten Jahr nahmen die Kellereien mittels eines Fragebogens an einer Umfrage teil. Die Ergebnisse dieser Umfrage wurden den Einkellerern noch vor Beginn der diesjährigen Weinernte kommuniziert. Sie erhielten gleichzeitig eine Erläuterung der wichtigsten Regeln, die es zu beachten gilt, um die Gaskonzentrationen bei der Vinifikation niedrig zu halten.
- Es wird noch darauf hingewiesen, dass die Dienststelle über eine *Anlaufstelle für Gesundheit am Arbeitsplatz* verfügt, die mit einem Arbeitsarzt zusammenarbeitet.

Leistungsindikatoren

- Trotz der abnehmenden Zahl der Berufsunfälle und -krankheiten müssen die Prävention und die Kontrollen aufrechterhalten werden. Im Jahr 2005 kam es im Wallis zu sieben entsprechenden Todesfällen.
- Es wird erklärt, dass die Expertisen im Voraus geplant werden. Ihre Zahl kann je nach Grösse der kontrollierten Unternehmen variieren.
- Die Zahl der Gesamt- und Normalarbeitsverträge nimmt von 20 (2006) auf 16 (2007) ab. Dieser Rückgang ist damit zu erklären, dass einige Gesamt- und Normalarbeitsverträge im Jahr 2007 auslaufen und die Neuaushandlungen eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen.

Personal

- Im Rahmen der Revision der Gesetzgebung über die Bekämpfung der Schwarzarbeit wird die kantonale Beschäftigungsinspektion (sechs Inspektoren) in die Kantonsverwaltung, d.h. in die Dienststelle für Arbeitnehmerschutz und Arbeitsverhältnisse integriert. Bisher war die Beschäftigungsinspektion vom Staat unabhängig, wurde jedoch zu einem grossen Teil von der DAA subventioniert.

Finanzressourcen

- Die Integration der Beschäftigungsinspektion in die Kantonsverwaltung ist kostenneutral, da dem Mehraufwand in Rubrik 30 (Personalaufwand) ein Minderaufwand in Rubrik 36 (Eigene Beiträge) gegenübersteht.

3. Änderungsvorschläge für den Leistungsauftrag 2007

- Keine Vorschläge.

4. Beschluss der Kommission

- Die anwesenden Kommissionsmitglieder nehmen den Leistungsauftrag 2007 mit **10 Stimmen (einstimmig)** an.

IV. Medizinischpädagogisches Zentrum „La Castalie“

1. Informationen zu „La Castalie“

- Das 1972 gegründete medizinischpädagogische Zentrum „La Castalie“ ist eine kantonale Institution, die geistig behinderten Personen ein angepasstes Lern- und Lebensumfeld bietet.
- Das Zentrum ist dem Departement für Gesundheit, Sozialwesen und Energie (DGSE) des Kantons Wallis angegliedert.
- „La Castalie“ bietet ein massgeschneidertes Programm, welches zugleich lernstimulierend ist und die harmonische Persönlichkeitsentwicklung fördert.

2. Bemerkungen zum Leistungsauftrag

Politische Ziele und Teilziele

- Ursprünglich nahm „La Castalie“ nur schwer geistig behinderte Kinder auf. Heute nimmt die Institution ausserdem auf:
 - Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bis 23 Jahre, deren intellektuelle Leistungsfähigkeit wegen einer leichten, mittleren oder schweren geistigen Behinderung eingeschränkt ist, mit oder ohne zusätzlicher Behinderung;
 - Erwachsene mit Mehrfachbehinderungen ohne Beschränkung punkto Alter und Behinderung.
- Grundsätzlich verlassen die Pensionäre „La Castalie“, wenn sie das 23. Lebensjahr erreicht haben und dazu fähig sind. Sie werden in Behindertenwerkstätten und Institutionen wie z.B. FOVAHM, emera usw. untergebracht.
- „La Castalie“ kümmert sich aufgrund seiner kantonalen Mission um schwere Fälle, auf die andere kantonale Institutionen nicht ausgerichtet sind.
- „La Castalie“ ist in verschiedene kleinere pädagogische Strukturen aufgeteilt:
 - 18 erzieherische/medizinisch-erzieherische Gruppen à 7 bis 8 Personen (Internat),
 - 13 pädagogisch-erzieherische Klassen/Einheiten (Schule),
 - 4 Ausbildungswerkstätten und 10 Beschäftigungswerkstätten,
 - therapeutischer Kindergarten.
- Im Bereich Forschung und Entwicklung beschäftigt sich die Institution unter dem Titel „Alphalogic“ mit der Entwicklung von Informatikinstrumenten, die Menschen mit Mehrfachbehinderungen die Kommunikation erleichtern sollen.

Prioritäre Massnahmen

- Das Alter der Pensionäre von „La Castalie“ nimmt aufgrund der höheren Lebenserwartung von behinderten Personen stetig zu. Dies führt zu räumlichen und strukturellen Problemen. Es wurden deshalb Anpassungen nötig.
- So eröffnete „La Castalie“ in Sitten in den Räumlichkeiten der „Ecole de la Bruyère“ ein Tageszentrum. Es handelt sich um eine Werkstatt für bis zu vier Kinder. Dank dieses Tageszentrums müssen Mittelwalliser Familien ihre Kinder nicht ins Internat nach Monthey schicken, sondern die Kinder sind abends und an den Wochenenden zuhause.

Leistungsindikatoren

- „La Castalie“ betreut durchschnittlich 175 behinderte Personen. Davon sind 140 im Internat (100 Erwachsene und 40 Kinder) und 35 sind nur tagsüber anwesend.
- 240 Angestellte (176 Vollzeiteinheiten) kümmern sich um die Behinderten.

Personal

- Der Rückgang um eine Vollzeiteinheit ist darauf zurückzuführen, dass eine Stelle zur Direktion des Departements für Gesundheit, Sozialwesen und Energie übertragen wurde.

Finanzressourcen

- Mit dem Inkrafttreten der NFA im Jahr 2008 wird der Kanton die Finanzierung, die gegenwärtig vom Bundesamt für Sozialversicherung sichergestellt wird, übernehmen müssen, d.h. 12.4 Millionen Franken.

3. Änderungsvorschläge für den Leistungsauftrag 2007

- Keine Vorschläge.

4. Beschluss der Kommission

- Die anwesenden Kommissionsmitglieder nehmen den Leistungsauftrag 2007 mit **9 Stimmen (einstimmig)** an.

Der Vizepräsident
Marc-Henri Gauchat

Der Berichterstatter
René Loretan



Bericht der Kommission für Erziehung, Bildung, Kultur und Sport: Prüfung der Leistungsaufträge 2007

Sitzungsteilnehmer/-innen

			13.9	21.9
Schwestermann Hans	CSPO	Präsident	X	Ent.
Léger Laurent	PDCB	Vizepräsident	X	X
Aymon Egide <i>Maret Véronique (Suppl.)</i>	PS/AdG		X	X
Bonvin Marie-Madeleine <i>Maret Véronique (Suppl.)</i>	PS/AdG		X	X
Cachat Didier	GRL		X	X
Ferrez Jean-Albert	PDCB	Berichterst. F	X	X
Gianadda François <i>Delasoie Marcel (Suppl.)</i>	GRL		X	X
Lutz-Marti Franziska	CVPO	Berichterst. D	X	X
Mivelaz Frédéric <i>D'avila Roxanne (Suppl.)</i>	GRL		X	X
Näfen Lucia (Suppl.) <i>Arnold Maria (Suppl.)</i>	CVPO		X	X
Oester-Ammann Maria	CSPO		X	X
Philippoz Freddy	PDCC		X	X
Rudaz Patrick <i>Rey Joël (Suppl.)</i>	PDCC		X	X

Monnet-Terrettaz Marcelle	PS/AdG	FIKO	X	X
Grand Erno	CVPO	FIKO	X	
Gaillard Pascal	PDCC	FIKO	X	
Rey Pascal	PDCC	GPK	X	
Picon-Furrer Margrit	PDCB	GPK		X

Roch Claude		DEKS	X(*)	X
Duc Arsène		DEKS	X	X
Bonvin François		DEKS	X	X
Darioli Jacques		DEKS-VREKS	X	
Schnyder Walter		DEKS-KDJ	X	
Bumann Stefan		DEKS-DTB	X	
Lovey Jean-François		DEKS-DU	X	
Claude Pottier		DEKS-DB		X
Rey Alexandre		DEKS-DB		X
Jacques Cordonier		DEKS-DK		X

(*) lediglich von 14 Uhr bis 15 Uhr

Einleitung

Der Departementsvorsteher, Staatsrat Claude Roch, fasst die hauptsächlichen Ziele seines Departements für das Jahr 2007 zusammen:

- Förderung der Familienpolitik und Erarbeitung geeigneter Erziehungsmassnahmen (ausserhalb der obligatorischen Schulzeit),
 - Kinderkrippen, AKS, ZET,...
- Verstärkung der interkantonalen Zusammenarbeit mittels Harmonisierung der Schulsysteme,
 - HarmoS und PECARO
- Eine neue Orientierungsschule, um den Jungen das nötige Rüstzeug für ihren weiteren Werdegang mitzugeben,
- Neues kantonales Gesetz, um die Qualität der Berufsbildung zu verbessern und die Jungen optimal zu unterstützen,
- Gesundheitsförderung durch Sport,
 - 1. Etappe: Lehrlingssport
- Konzept für die tertiäre Forschung und Bildung zugunsten der Walliser Wirtschaft,
- Die Verantwortlichkeiten der verschiedenen Partner (Kanton, Gemeinden, Private) im Rahmen der NFA klären und neu definieren,
- Fördern einer lebendigen und vielseitigen Kultur, die zur kantonalen Einheit beiträgt.

Vor der Prüfung der Leistungsaufträge der einzelnen Dienststellen macht die Kommission darauf aufmerksam, dass ihr letztjähriger Vorschlag nicht beherzigt wurde. Sie wiederholt also ihre Forderung, die sich an sämtliche Dienststellen des DEKS richtet:

Sämtliche Dienststellen des DEKS
Leistungsindikatoren

Die Tendenzen („Pfeile“), die sich auf einen Referenzwert oder ein Bezugsjahr stützen, müssen durch Werte ersetzt werden!

Die Frage der Erhöhung des Personalbestands und der Umwandlung von Hilfsangestelltenposten in Beamtenposten ist bei mehreren Dienststellen aufgetaucht. Das Departement wird der Kommission eine überzeugendere Erklärung und detaillierte Übersichten für jede Dienststelle liefern.

I. Verwaltungs- und Rechtsdienst des DEKS (VREKS)

1. Informationen und Bemerkungen

Die Differenzen zwischen 2006 und 2007 bei gewissen Budgetrubriken werden folgendermassen erklärt:

- 33: es handelt sich um nicht zurückbezahlte Darlehen in der Höhe von Fr. 70'000.-,
- 36: den Löwenanteil machen die Stipendien mit einer Zunahme von Fr. 500'000.- aus,
- 38: Ausgleich des Sportfonds,
- 39: die aufgrund des durchschnittlichen Fremdkapital-Zinssatzes des Kantons Wallis berechneten Zinsen auf den Ausbildungsdarlehen werden dem VREKS belastet,
- 43: weitgehend auf eine Zunahme der Übernachtungen im Sportzentrum Ovronnaz zurückzuführen,
- 46: Zunahme der Bundesbeiträge,
- 49: Zinsen auf dem Sportfonds.

2. Bemerkungen zum Leistungsauftrag

Die beiden politischen Ziele sind seit dem vergangenen Jahr unverändert geblieben.

Leistungsindikatoren

Bei den Referenzwerten haben sich Fehler eingeschlichen. Der Kommission werden die richtigen Werte mitgeteilt, welche auch in die nachstehenden Änderungsvorschläge eingeflossen sind.

3. Änderungsvorschläge für den Leistungsauftrag 2007

VREKS

Politisches Ziel 1

Leistungsindikator 1 (Änderungen im französischen Text und neuer deutscher Text)

**Montants moyens versés par boursier (Moyenne suisse en 2004 : 5'433 francs)
Durchschnitt der gewährten Stipendien (Durchschnitt CH 2004: 5'433 Franken)**

VREKS

Politisches Ziel 1

Leistungsindikator 2 (Änderungen im französischen Text und neuer deutscher Text)

**Base 2003 2004 : ~~5'057~~ 5'433 francs
Durchschnitt der ausbezahlten Beträge an die Empfänger (Durchschnitt CH 2004 :
5'433 Franken)**

VREKS

Politisches Ziel 1

Leistungsindikator 3 (Änderungen im französischen und im deutschen Text)

**Base 2003-2004 : 29 31 millions de francs
Basis 2003-2004 : 29-31 Millionen Franken**

VREKS

Politisches Ziel 2

Leistungsindikator 3 (Neuformulierung des Indikators)

Der Indikator „Prozentsatz der Bevölkerung, die Sport betreibt“ muss durch einen oder mehrere andere Indikatoren ersetzt werden. Der Vorschlag des DEKS „Anzahl Personen, die einem Sportverein angehören“ wird von der Kommission angenommen.

4. Änderungsvorschläge für den Leistungsauftrag 2006

Keine

II. Kantonale Dienststelle für die Jugend (KDJ)

1. Informationen und Bemerkungen

Das Budgetwachstum zwischen 2006 und 2007 ist hauptsächlich auf zwei Bereiche zurückzuführen:

- familienexterne Tagesbetreuung (Kinderkrippen, Tagesmütter,...),
- sozialpädagogische Einrichtungen (Pramont,...).

2. Änderungsvorschläge für den Leistungsauftrag 2007

KDJ

Politisches Ziel 1

Prioritäre Massnahme 4 (Änderungen im französischen und im deutschen Text)

Collaboration à la mise en place du concept de politique extra-scolaire dans les communes valaisannes

Erstellung und Umsetzung des Konzeptes für die ausserschulische Jugendarbeit in den Walliser Gemeinden

3. Änderungsvorschläge für den Leistungsauftrag 2006

PS/AdG-Fraktion – Rubrik 30: + Fr. 300'000.-

Mit 12 Nein, 1 Ja und 0 Enthaltungen abgelehnt, da bereits teilweise durch die Anstellung von 3 Hilfsangestellten und eine bessere Koordination mit den Gemeinden und den Vormundschaftsämtern verwirklicht.

Marylene Volpi Fournier (SPO) – Rubrik 36: + Fr. 80'000.-

Gegenstandslos geworden, da sich die Dienststelle mit dem Thema Suizidprävention befasst und das Gesundheitsdepartement eine Subvention von Fr. 250'000.- an Parspas (Association valaisanne pour la prévention du suicide) entrichtet.

Rolf Eggel (SPO) und Maria Oester-Amman (CSPO) – PG 14 P1401: + Fr. 200'000.-

Gegenstandslos geworden.

Rolf Eggel (SPO) und Maria Oester-Amman (CSPO) – PG 16 P1601: + 180'000.-

Gegenstandslos geworden.

UDC/SVP-Fraktion – Änderung des Teilziels 2

Einstimmig (13 Stimmen) abgelehnt.

III. Dienststelle für tertiäre Bildung (DTB)

1. Informationen und Bemerkungen

Das Budgetwachstum ist namentlich auf folgende Bereiche zurückzuführen:

- HEVs: +Fr. 1'300'000.- aufgrund der Teuerung und der Tätigkeitszunahme, sowie + Fr. 400'000.- aufgrund der Rückkehr zu einem normalen Investitionsvolumen (war in den vergangenen Jahren eher tief),

- PH: +Fr. 1'900'000.- aufgrund der Teuerung und des Sonderschulwesens.

Die Zunahme des Personalbestands und die Umwandlung von Hilfsangestelltenposten in Beamtenposten sind bei dieser Dienststelle nur schwerlich nachvollziehbar, auch wenn ein Zusammenhang mit den Projekten und Mandaten der Schulen besteht.

Die Kommission erwartet eine allgemeine Erklärung auf Departementsebene.

2. Änderungsvorschläge für den Leistungsauftrag 2007

Keine.

3. Änderungsvorschläge für den Leistungsauftrag 2006

Maria Oester-Amman (CSPO) – PG 12 P1204: + 100'000.-

Zurückgezogen.

UDC/SVP-Fraktion – neues Teilziel 5

Evaluation läuft bereits, mit 6 Nein, 2 Ja und 4 Enthaltungen abgelehnt.

IV. Dienststelle für Unterrichtswesen (DU)**1. Informationen und Bemerkungen**

Grösserer Budgetzuwachs:

- Sanierung der Pensionskassen,
- Rückgang des Beitrags der Gemeinden an die Löhne des Lehrpersonals aufgrund der Entwicklung der kommunalen Finanzkraftindizes.

2. Änderungsvorschläge für den Leistungsauftrag 2007

DU

Politisches Ziel 1

Prioritäre Massnahme (neu)

Einführung einer prioritären Massnahme betreffend das Statut des Lehrpersonals

DU

Politisches Ziel 1

Leistungsindikator 6 (Anpassung des Indikators)

Dieser Indikator muss nach Unterrichtsstufen differenziert werden (Kindergarten und Primarschule, Sekundarstufe I + II > 3 Indikatoren).

3. Änderungsvorschläge für den Leistungsauftrag 2006**UDC/SVP-Fraktion – Änderung des Teilziels 4**

Die vorgeschlagene Formulierung widerspricht dem Gesetz aus dem Jahre 1962 und wird einstimmig (12 Stimmen) abgelehnt.

Rolf Eggel (SPO) – neues Teilziel 3

Das Gesetz sollte nicht einer Gesamtrevision unterzogen werden (Misserfolge in den Jahren 1983 und 1998), sondern bereichsweise angepasst werden, wobei der Anfang mit der OS gemacht wird.

Einstimmig (12 Stimmen) abgelehnt.

V. Dienststelle für Berufsbildung (DB)**1. Informationen und Bemerkungen**

Die Kommission begrüsst den neuen Dienstchef, Claude Pottier. Hauptziel der Dienststelle im Jahre 2007 sind die Einführung eines kantonalen Ausführungsgesetzes zum neuen Bundesgesetz bis spätestens 2008 und die Umsetzung des Lehrlingssport-Konzepts.

Die hauptsächlichen Budgetveränderungen zwischen 2006 und 2007 sind bedingt durch:

- vollumfänglich durch den Bund finanzierte Projekte,
- eine Zunahme von rund Fr. 200'000.- für ausserkantonale Ausbildungen,
- die Einführung eines kantonalen Berufsbildungsfonds, welcher die Dienststelle um rund Fr. 700'000.- entlastet. Diesen Betrag übernehmen nun die verschiedenen Dienststellen des Staates, die in den Berufsbildungsfonds einzahlen.

2. Änderungsvorschläge für den Leistungsauftrag 2007

DB

Politisches Ziel 1

Prioritäre Massnahme (neu)

Einführung einer prioritären Massnahme betreffend die Vereinfachung der Rückerstattung der Reisespesen für Lernende.

DB

Politisches Ziel 1

Leistungsindikator 7 (Neuformulierung des Indikators)

Aussagekräftigerer Wortlaut.

DB

Politisches Ziel 1

Leistungsindikator 10 (Änderungen im französischen und im deutschen Text)

En juillet 2005 2006 = 4.6% ?% (valeur à récupérer auprès du service)

Im Juli 2005 2006 : 4.6% ?% (Wert muss von der Dienststelle angegeben werden)

3. Änderungsvorschläge für den Leistungsauftrag 2006

Rolf Eggel (SPO) – Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit: + Fr. 3'000'000.- über 4 Jahre.

Teilweise realisiert (2 von Bern finanzierte Lehrstellenförderer + 4 Hilfsangestellte für die Berufsberatung [Fr. 500'000.-/Jahr über 2 + 2 Jahre]).

Einstimmig (12 Stimmen) abgelehnt.

Rolf Eggel (SPO) – Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit: + Fr. 3'000'000.- über 4 Jahre.

Teilweise realisiert, kann gegenüber der gegenwärtigen Situation keine Verbesserung bringen.

Mit 7 Nein, 0 Ja und 5 Enthaltungen abgelehnt.

VI. Dienststelle für Kultur (DK)

1. Informationen und Bemerkungen

Das Budgetwachstum zwischen 2006 und 2007 wird folgendermassen erklärt:

Rubrik 30: Fr. 900'000.- für verschiedene durch den Bund oder die Loterie Romande subventionierte Posten, die zuvor in der Rechnung des Staates, nicht aber im Voranschlag erschienen; Fr. 600'000.- für die Indexierung und einen zusätzlichen Technikerposten bei den kantonalen Museen (Transfer von den Zeughäusern).

Rubrik 31: Fr. 550'000.- für zwei prioritäre Projekte: Mandate im Zusammenhang mit der Wiedereröffnung des Museums auf Valeria und der neuen Präsentation der Kollektionen sowie mit der 2. Etappe des kantonalen Kunstmuseums. Der Saldo wird für die Informatisierung der Inventare und das Aktionsprogramm für die kulturelle Einheit des Kantons eingesetzt.

Rubrik 36: Beiträge unter anderem zugunsten des Programms ThéâtrePro-VS sowie im Zusammenhang mit den Aktionen für die kulturelle Einheit des Kantons, der Übernahme eines Teils der Finanzierung von RERO und der Vorwegnahme der NFA.

Rubrik 46: kein neuer Ertrag, entspricht den oben erwähnten subventionierten Posten.

2. Änderungsvorschläge für den Leistungsauftrag 2007

DK

Politisches Ziel 1

Prioritäre Massnahme 1 (Streichung)

Streichung der prioritären Massnahme 1

DK

Politisches Ziel 1

Prioritäre Massnahme 4 (Änderungen im französischen und im deutschen Text)

Contribution Incitation

Beitrag Anregung

DK

Politisches Ziel 1

Leistungsindikatoren (neu)

Einführung von Indikatoren – spätestens für den Leistungsauftrag 2008 – betreffend die „Zahl der Ausleihungen bei der Mediathek und/oder der Bibliothek“ und die Zahl der Museumsbesucher: „Anzahl Personen, die an einer Führung teilnehmen“ (Beispiel).

3. Änderungsvorschläge für den Leistungsauftrag 2006

PS/AdG-Fraktion – Rubrik 36: + 150'000.-

Das Budget 2007 verzeichnet bereits eine Zunahme um Fr. 100'000.-. Vorschlag von der Urheberin zurückgezogen.

UDC/SVP-Fraktion – Änderung des Teilziels 2.1

Die Kultur muss mit all ihren Facetten vermittelt werden.

Einstimmig (12 Stimmen) abgelehnt.

UDC/SVP-Fraktion – Änderung des Teilziels 3

Einstimmig (12 Stimmen) abgelehnt.

PS/AdG-Fraktion – Prioritäre Massnahme 7 „szenische Künste“

Die Kommission spricht sich für eine Konzentration auf die Prioritäten im Jahresverlauf aus. Vorschlag von der Urheberin zurückgezogen.

Der Präsident
Hans Schwestermann

Der Berichterstatter
Jean-Albert Ferrez



Bericht der Kommission für Volkswirtschaft und Energie: Prüfung der Leistungsaufträge 2007

Sitzungsteilnehmer

Anwesende Kommissionsmitglieder: Jacques-Roland Coudray, Präsident; Laurent Gavillet, Berichterstatter; Daniel Porcellana; Matthias Eggel; Jérôme Bonvin; Alain de Preux; Frank Wenger; Xavier Bagnoud; Nicolas Mabillard; Claude-Alain Schmidhalter; François Bressoud; Florian Chappot; Pascal Nicolo

Vertreter der FiKo: David Théoduloz; Edmond Perruchoud; Beat Imboden

Vertreter der GPK: Georges Darbellay

DVR: Jean-Michel Cina, Staatsrat
Francis Anzévi, Departementscontrolling

DIHA: Marco Dini, Dienstchef

DWT: François Seppey, Dienstchef

VR: Philippe Spörri, Dienstchef

DGSE: Thomas Burgener, Staatsrat
Damian Mottier, Departementscontrolling

DEW: Moritz Steiner, Dienstchef

Einleitung

Der Kommissionspräsident, Jacques-Roland Coudray, stellt die Reorganisation der Kommission vor.

Staatsrat Cina ruft die Strategie des Departements, die drei Schwerpunkte aufweist, in Erinnerung:

- 1) Wohlstand der Bevölkerung (Eingliederung der Leute)
- 2) Wirtschaft
- 3) Umwelt (Aufwertung der natürlichen Ressourcen)

Ein Hauptziel ist die **Eignung zur Anstellung**. Alle Schlüsselkompetenzen der Angestellten sind von Bedeutung (nicht nur das berufliche Können, sondern zum Beispiel auch charakterliche Eigenschaften). Dabei berührt man den Wert und die Kultur des Unternehmens.

I. Dienststelle für Industrie, Handel und Arbeit

1. Informationen und Kommentare zur Dienststelle

Der Dienstchef stellt seine Dienststelle vor. Die Kommission stellt mehrere Fragen:

F1: Warum eine Zunahme um 2,1 Stellen?

A1: Es handelt sich um die regelmässige Anstellung von 2 Personen.

F2: Zur Zunahme der Personalausgaben um 536 000.-

A2: Folgen der regelmässigen Anstellung, der Lebenshaltungskosten usw.

F3: Der Betrag von Konto 3.1 hat sich gegenüber 2005 verdoppelt. Wie kann man das erklären?

A3: Es handelt sich um das Ausbildungskonto «Hotel und Gastgewerbe» Schaffung von Ausbildungen.

F4: Welche Massnahmen wurden zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ergriffen?

A4: Es wurden Motivationssemester und Praktika für Jugendliche nach der Berufsbildung geschaffen.

F5: Weshalb werden die Hilfskräfte nicht regelmässig angestellt?

A5: Der Dienstchef will sich die Freiheit behalten, die Personalschwankungen im Griff behalten zu können, namentlich im Bereich RAV, bei denen es starke Schwankungen gibt.

Der Transparenz halber verlangt Grossrat Gavillet, dass die Qualifikation der Hilfskräfte im Einzelnen aufgeführt wird. Herr Dini weist darauf hin, dass diese Daten von der Dienststelle für Personal und Organisation kommen und dass die Änderungen der Darstellung über diese Dienststelle gehen müssen.

2. Bemerkungen zu den Leistungsaufträgen

Infolge der ausführlichen Auskünfte und der Antworten von Herrn Cina, Departementsvorsteher, und von Herrn Dini, Dienstchef, ist bei den politischen Zielen 1 und 2 und zu den Teilzielen und den entsprechenden Indikatoren keine besondere Bemerkung zu formulieren. Es sei darauf hingewiesen, dass die Bemerkungen zum Budget 2006 berücksichtigt wurden.

3. Änderungsanträge zu den Aufträgen 2007

Keine Änderungen

4. Änderungsanträge, die im Rahmen des Budgets 2006 gestellt wurden

Wie oben unter Punkt 2 erwähnt, wurden die Änderungen, die im Rahmen des Budgets 2006 verlangt wurden, berücksichtigt.

5. Beschluss der Kommission

Infolge der Beratungen und der Antworten wird der Leistungsauftrag 2007 der Dienststelle für Industrie, Handel und Arbeit von den anwesenden Kommissionsmitgliedern einstimmig angenommen.

II. Dienststelle für Wirtschaft und Tourismus

1. Informationen und Kommentare zur Dienststelle

Klare Vorstellung des Dienstchefs zur Vision/Strategie

F1: über das Delta von 7,7 Millionen

R1: Das ist die Folge von einigen Kommunikationsoperationen, der Schaffung von The Ark, aber auch der Zunahme des vom Grossen Rat beschlossenen Infrastrukturfonds, der Verlustrisiken bei IHG-Krediten und der IHG-Kredite.

A2: Wie hat man die Sensibilisierung für den Tourismus gemacht?

A2: Man hat in den Sekundarschulen Ausbildungs- und Sensibilisierungskurse durchgeführt und Didaktikmaterial hergestellt.

F3: Wie steht es um die Harmonisierung der Ferien im Kanton?

A3: Ein schwieriger Bereich, ausserdem gehört er nicht in die Zuständigkeit der Dienststelle. Der Dienstchef, Herr Seppey, gibt für die folgenden Rubriken noch einige Erklärungen zu den bedeutendsten Abweichungen zwischen dem Budget 2006 und den Zahlen von 2007:

- Rubr. 36 Eigene Beiträge: NEAT, Comptoir suisse
- Rubr. 38 Einlagen in Spezialfinanzierungen
- Rubr. 48 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen
- Rubr. 52 Darlehen und Beteiligungen

Die Zunahmen entsprechen den Bedürfnissen, die sich aus den politischen Weichenstellungen bei der Wirtschafts- und Tourismusförderungen ergeben, die von den zuständigen Behörden beschlossen wurden.

Was das Personal anbelangt, erklärt Herr Seppey, dass die Dienstchefs keinen Einfluss auf die Zahlen haben. Es sei darauf hingewiesen, dass +0,7 Einheit der Rückkehr einer Person der Dienststelle, die an die Dienststelle für Zivilstandswesen und Fremdenkontrolle ausgelehnt wurde, entspricht. Die 3 Hilfskräfte sind der WEVS zugeteilt.

Staatsrat Cina teilt mit, dass eine interne Restrukturierung der Dienststelle und der WEVS bis Mitte Oktober 2006 realisiert wird. Die Restrukturierung wird dann mit den Institutionen durchgeführt.

Die Frage, wie man die Effizienz der Gewährung von Geldbeträgen messen kann, wird gestellt. Die Antwort ist nicht einfach. Herr Seppey erwähnt als Beispiel die Unterstützung von Turin 2006. Wie soll man die Wirkung, die Effizienz messen? Das ist äusserst schwierig – aber man muss darüber nachdenken!

2. Bemerkungen zu den Leistungsaufträgen

Die Struktur des Leistungsauftrags 2006 wies 3 politische Ziele auf, während die Dienststelle für das Budget 2007 nur ein einziges politisches Ziel vorstellt. Diese Darstellung ist klarer und zeigt das politische Ziel der Dienststelle besser. Dieses politische Ziel umfasst 3 Schwerpunkte (Produktgruppen):

- Umsetzen der Tourismuspolitik
- günstige Bedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung schaffen
- Stärken der Wirtschaftskraft und der Leistungsfähigkeit der Walliser Wirtschaft.

3. Änderungsanträge zu den Aufträgen 2007

Politisches Ziel Nr.1
Politisches Teilziel Nr. 3.3

3.3. Fördern von Innovationen und der Diversifizierung der Wirtschaft

Teilziel Nr. 2
Prioritäre Massnahme Nr. 5

Erarbeitung einer neuen Regionalpolitik, die den kantonalen Bedürfnissen entspricht, **namentlich Restrukturierungen und Fusionen beim Seilbahnnetz**

4. Änderungsanträge, die im Rahmen des Budgets 2006 gestellt wurden

Die Basis der Referenzzahl beim Indikator Nr. 1 (Basis 2003: 4,1 Mio. Übernachtungen) im Budget 2006, während für das Budget 2007 eine Zahl von 4,2 Mio. erwähnt wird. Diese Zahl muss von der Dienststelle überprüft und gegebenenfalls geändert werden.

5. Beschluss der Kommission

Infolge der Beratungen und der Antworten und unter Berücksichtigung der Änderungen, die oben unter Punkt 3 verlangt wurden, wird der Leistungsauftrag 2007 der Dienststelle für Wirtschaft und Tourismus von den anwesenden Kommissionsmitgliedern einstimmig angenommen.

III. Verwaltungs- und Rechtsdienst des DVR

1. Informationen und Kommentare zur Dienststelle

Der Dienstchef, Herr Spörri, stellt die Dienststelle vor und erinnert an ihre Rolle als Rechts- und Stabsdienst des Departements. Ihre Aufgabe lässt sich in einem politischen Ziel, «Gesetzgebungs- und Verwaltungsarbeiten des DVR sicherstellen» und in zwei Schwerpunkten (Produktgruppen), «Wirtschaftsrecht und Aussenangelegenheiten» und «Unterstützung des Departementschefs und Koordination», zusammenfassen. Dazu gehört namentlich der Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens.

F1: Kontrolliert die Dienststelle alle öffentlichen Ausschreibungen des Kantons Wallis?

A1: Die Dienststelle steht den Dienststellen des Staates und den Gemeinden für alle entsprechenden Informationen zur Verfügung. Seit der «A9-Affäre» wird sie häufiger angefragt. Die freihändigen Vergaben werden nicht kontrolliert. Müsste man das machen? Die Vergabebehörden, namentlich die Gemeinden, entscheiden über die Vergabe, und die Dienststelle wird nur im Nachhinein angefragt, wenn es Einsprachen gibt.

Der Kommissionspräsident, Herr Coudray, ist der Meinung, dass Kontrollen gemacht werden müssten. Aber dazu muss man über die nötigen Mittel verfügen, was zurzeit nicht der Fall ist!

Das Budget 2007 hat sich gegenüber 2006 nur leicht entwickelt. Bei der Rubrik 36 Eigene Beiträge wird darauf hingewiesen, dass dieser Betrag je nach grenzüberschreitenden und anderen Projekten ermittelt wird.

2. Bemerkungen zu den Leistungsaufträgen

Es wird keine Bemerkung gemacht.

3. Änderungsanträge zu den Aufträgen 2007

Angesichts der Informationen von Seiten von Herrn Spörri wird kein Änderungsantrag gestellt.

4. Änderungsanträge, die im Rahmen des Budgets 2006 gestellt wurden

Es wurde kein Änderungsantrag gestellt.

5. Beschluss der Kommission

Infolge der Beratungen und der Antworten wird der Leistungsauftrag 2007 des Verwaltungs- und Rechtsdiensts des Departements für Volkswirtschaft und Raumentwicklung von den anwesenden Kommissionsmitgliedern einstimmig angenommen.

IV. Dienststelle für Energie und Wasserkraft

1. Informationen und Kommentare zur Dienststelle

- Gemäss den Verpflichtungen, die der Staatsrat im Rahmen des Dekrets über strukturelle Massnahmen eingegangen ist, werden die Dienststelle für Energie und die Dienststelle für Wasserkraft vom 1. Dezember 2006 an zusammengelegt.

- Die offizielle Bezeichnung der neuen Einheit wird «Dienststelle für Energie und Wasserkraft (DEW)» lauten.

2. Bemerkungen zu den Leistungsaufträgen

Politische Ziele

- Die Tätigkeit der Dienststelle stützt sich hauptsächlich auf das Energiegesetz und auf das Gesetz über die Nutzbarmachung der Wasserkräfte.
- Die Dienststelle verfolgt zwei grundlegende Ziele, nämlich einerseits zur Schaffung der nötigen Rahmenbedingungen für eine Energieversorgung beizutragen, die für den Kanton wirtschaftlich, sozial und von den Umweltbedingungen her vorteilhaft ist. Dazu muss namentlich das Potenzial der Wasserkraft im Wallis genutzt werden. Bei der effizienten Energienutzung sind die Tätigkeiten der Dienststelle andererseits darauf ausgerichtet, dass der Kanton Wallis die ehrgeizigen Ziele des Programms SuisseEnergie für 2010 einhält.

Prioritäre Massnahmen

- Die Pumpungs-/Turbinierungs-Projekte Nant de Drance (Emosson) und Oberems sind die beiden grösseren Werke, die die Dienststelle mit rechtlichem und technischem Beistand unterstützt. Die Arbeiten sollten grundsätzlich 2014 beendet werden.
- Im Rahmen der 3. Rhonekorrektur werden Studien für Mehrzweckwerke durchgeführt. Es geht nicht darum, das Projekt Hydro-Rhône erneut auszugraben. Man muss sich darüber klar werden, dass das energetische Umfeld sich seit damals grundlegend verändert hat.
- Die Studien zur Sanierung von Wasserläufen werden fortgesetzt, damit insbesondere Lösungen gefunden werden, mit denen die Verluste bei der Energieproduktion auf Grund der Anforderungen des Gewässerschutzgesetzes ausgeglichen werden können.
- Die Dienststelle will die Zusammenarbeit mit den Gemeinden verstärken und bei den Baudossiers dafür sorgen, dass das Energiegesetz eingehalten wird. Stichkontrollen im Jahr 2006 zeigen, dass die gesetzlichen Normen im Baubereich nur teilweise eingehalten werden.

Indikatoren

- Der Gesamtbetrag der Spezialsteuer, der für 2007 erwartet wird (64,5 Mio. Franken), ist eine Schätzung auf Grund der letzten zehn Jahre. Diese Finanzquelle hängt von den klimatischen Bedingungen ab. Es ist deshalb offensichtlich, dass diese Einnahmen auf statistischen Grundlagen geschätzt werden.

Personelle Mittel

- Moritz Steiner, der gegenwärtige Chef der Dienststelle für Energie, wird Chef der aus der Zusammenlegung entstandenen neuen Dienststelle.
- Die Stelle, die mit der Pensionierung des gegenwärtigen Chefs der Dienststelle für Wasserkraft, Pierre-Benoît Raboud, frei wird, wird mit einem zweisprachigen ETH-Ingenieur besetzt.
- Die beiden bisherigen Dienststellen teilten sich bereits ein Sekretariat. Die Zusammenlegung hat deshalb auf dieser Ebene keine Auswirkungen.

Finanzielle Mittel

- Keine besonderen Bemerkungen.

3. Änderungsanträge zu den Aufträgen 2007

- Kein Antrag

4. Änderungsanträge, die im Rahmen des Budgets 2006 gestellt wurden

- Weder die Dienststelle für Energie (DEN) noch die Dienststelle für Wasserkraft (DWK) wurden 2006 mit Leistungsauftrag geführt.

5. Beschluss der Kommission

Infolge der Beratungen und der Antworten wird der Leistungsauftrag 2007 der Dienststelle für Energie und Wasserkraft des Departements für Gesundheit, Sozialwesen und Energie von den anwesenden Kommissionsmitgliedern einstimmig angenommen.

Der Präsident
Jacques-Roland Coudray

Der Berichterstatter
Laurent Gavillet

**THEMATISCHE KOMMISSION
FÜR BAU UND VERKEHR (KBV)**



**Prüfung des politischen Leistungsauftrags 2007
des Verwaltungs- und Rechtsdienstes des DVBU (VRVBE)**

Datum und Ort: 19. September 2006, 12.00 Uhr, Konferenzraum 509, Gebäude Mutua

Teilnehmende:

Name	Partei	Anwesend	Vertreten durch
Andenmatten Anton	CVPO	X	
Maytan Antoine	PDCC	X	
Besse Christian	GRL	X	
Hugo-Lötscher Susanne	SPO	E	
Imboden Ignaz	CSPO	ERS	Locher Marcel
Martig Konrad	CVPO	X	
Melly Jacques	PDCC	E	
Perruchoud Christophe	GRL	X	
Pitteloud Albert	UDC	E	
Richard Claude-Alain	PS/AdG	X	
Roch Jean-Didier	PDCB	X	
Rouvinez Jean-Pierre	PDCC	X	
Venez Christian	GRL	E	

Finanzkommission: David Théoduloz
Entschuldigt: Brigitte Diserens (GPK)

In Anwesenheit von:

Staatsrat Jean-Jacques Rey-Bellet
Jean-Paul Richard, Verantwortlicher der Sektion
kantonales Bausekretariat und Baupolizei des VRVBE
Daniel Moix, Departementscontrolling (Protokoll)

EINLEITUNG

Staatsrat Jean-Jacques Rey-Bellet

- stellt Jean-Paul Richard, Verantwortlicher der Sektion kantonales Bausekretariat und Baupolizei des VRVBE, vor. Hinweis: Der neue Dienstchef Adrian Zumstein wird sein Amt Anfang Oktober 2006 antreten.
- umreisst kurz die Zuständigkeitsbereiche des VRVBE, nämlich administrative und juristische Unterstützung der kantonalen Baukommission (KBK), der Baupolizei und des kantonalen Bausekretariats (KBS). Die KBK arbeitet bei der Behandlung der Baubewilligungsdossiers völlig unabhängig.

DETAILBERATUNG DES LEISTUNGSaufTRAGS

Finanzressourcen

Die Kommission möchte nähere Informationen zu Rubrik 30 (Personalaufwand, 3'500'000.-). Dieser Betrag ist darauf zurückzuführen, dass 11.9 der insgesamt 24.3 Stellen beim VRVBE von Mitarbeitern mit Hochschulbildung besetzt sind. Ausserdem ist in diesem Betrag auch die

Anstellung eines Hilfsangestellten für die kantonale Baukommission enthalten, damit diese die gesetzlichen Fristen bei der Bearbeitung der Baudossiers besser einhalten kann.

Der Voranschlag wird ohne Abänderung angenommen.

Personal

Auf die Frage der Kommission, weshalb es zwischen den Voranschlägen 2006 und 2007 zu einer Zunahme von 0.5 Beamtenstellen gekommen ist, erklärt der Vertreter der Dienststelle, dass im Jahr 2006 ein Jurist zu 90% angestellt und die Arbeitszeit zweier Mitarbeiter um je 20% (2 x 20%) gekürzt wurde. Diese Erhöhung von 0.5 Stellen wurde mittels internen Transfers zwischen der Dienststelle für Wald und Landschaft und dem VRVBE bewerkstelligt.

Politisches Ziel 1 „Unterstützung der Tätigkeiten des Departementes auf administrativer und juristischer Ebene“

Leistungsindikatoren

Die Kommission verlangt, dass beim Leistungsindikator 4 *Prozentsatz der durch die Beschwerdeinstanzen annullierten Entscheide* eine Zahl anstatt eines Pfeils steht.

Politisches Ziel 2 „Unterstützung auf administrativer und juristischer Ebene der kantonalen Baukommission (KBK), der Baupolizei und des kantonalen Bausekretariates (KBS)“

Leistungsindikatoren

Die Kommission verlangt, dass beim Leistungsindikator 3 *Prozentsatz der durch die Beschwerdeinstanzen annullierten Entscheide* eine Zahl anstatt eines Pfeils steht.

SCHLUSSENTSCHEID

Die Kommission macht keine Abänderungsvorschläge zum politischen Leistungsauftrag 2007 des VRVBE. Der Leistungsauftrag 2007 des VRVBE wird einstimmig angenommen.

Der Präsident
Anton Andenmatten

Der Berichterstatter
Jean-Pierre Rouvinez

**THEMATISCHE KOMMISSION
FÜR BAU UND VERKEHR (KBV)**



**Prüfung des politischen Leistungsauftrags 2007
der Dienststelle für Verkehrsfragen (DV)**

Datum und Ort: 19. September 2006, 8.00 Uhr, Konferenzraum 509, Gebäude Mutua

Teilnehmende:

Name	Partei	Anwesend	Vertreten durch
Andenmatten Anton	CVPO	X	
Maytan Antoine	PDCC	X	
Besse Christian	GRL	X	
Hugo-Lötscher Susanne	SPO	E	
Imboden Ignaz	CSPO	ERS	Locher Marcel
Martig Konrad	CVPO	X	
Melly Jacques	PDCC	E	
Perruchoud Christophe	GRL	X	
Pitteloud Albert	UDC	E	
Richard Claude-Alain	PS/AdG	X	
Roch Jean-Didier	PDCB	X	
Rouvinez Jean-Pierre	PDCC	X	
Venez Christian	GRL	E	

Finanzkommission: David Théoduloz

Entschuldigt: Brigitte Diserens (GPK)

In Anwesenheit von: Staatsrat Jean-Jacques Rey-Bellet
Nicolas Mayor, Chef der Dienststelle für Verkehrsfragen (DV)
Stefan Burgener, wissenschaftlicher Mitarbeiter (DV)
Stéphane Willa, Buchhalter und Verantwortlicher für Seilbahnen
Daniel Moix, Departementscontrolling (Protokoll)

EINLEITUNG

Anton Andenmatten begrüsst die Teilnehmenden, dankt für deren Anwesenheit und eröffnet die Sitzung.

Staatsrat Jean-Jacques Rey-Bellet stellt die Vertreter der Dienststelle für Verkehrsfragen vor: Nicolas Mayor (Dienstchef), Stefan Burgener (wissenschaftlicher Mitarbeiter) und Stéphane Willa (Buchhalter und Verantwortlicher für Seilbahnen).

Staatsrat Rey-Bellet umreisst kurz die Zuständigkeitsbereiche der DV. Dienstchef Nicolas Mayor geht detailliert auf die Tätigkeiten der Dienststelle ein.

DETAILBERATUNG DES LEISTUNGS-AUFTRAGS

Finanzressourcen

Der Unterschied bei Rubrik 52 zwischen den Voranschlägen 2007 und 2006 (+ Fr. 1'871'700) ist hauptsächlich auf die geplanten Arbeiten im Zusammenhang mit der NEAT zurückzuführen. Hinweis: Die wichtigsten Ausgaben in Zusammenhang mit der Infrastruktur und der Leistungsbestellung sind auf Seite 140 (*Zusätzliche Informationen zur Kenntnisnahme an den Grossen Rat*) ersichtlich.

Es gilt darauf hinzuweisen, dass sich die Subventionen nur auf den öffentlichen Verkehr beziehen. Die DV beteiligt sich gegenwärtig grundsätzlich nicht an der Finanzierung der SBB-Infrastruktur. Diese wird in einem Leistungsvertrag zwischen dem Bund und den SBB geregelt. Allgemein beteiligt sich die DV mit 12% an den Betriebskosten und mit 46% an den Investitionen der konzessionierten Transportunternehmungen (KTU).

Es wird geschätzt, dass der Rückzug des Bundes im Rahmen der NFA mit rund 27 Mio. Franken pro Jahr zu Buche schlagen wird. Da der Finanzkraftindex künftig nicht mehr massgebend sein wird, kommt es zu einer deutlichen Erhöhung der Kantonsbeteiligung von 12% auf ca. 35%. Die Beteiligung der Gemeinden an der Entschädigung beträgt durchschnittlich 40% der Kantonsbeteiligung. Bei einem Anstieg der Kantonsbeteiligung auf 35% müssten die Gemeinden sehr tief in die Tasche greifen – dies ohne Gesetzesänderungen auf kantonaler Ebene (Abänderung des GöV). Viele Fragen sind auf Bundesebene noch offen (Wortlaut der neuen Bundesverordnung über die Kantonsbeteiligung – festgesetzt aufgrund der strukturellen Voraussetzungen der Kantone, Datum des Inkrafttretens der Bahnreform 2).

Der Voranschlag wird ohne Abänderung angenommen.

Personal

Beim Posten des Hilfsangestellten mit unbefristetem Arbeitsverhältnis, der neu im Voranschlag 2007 erscheint, handelt es sich nicht um einen neuen Posten, sondern um die Umwandlung des Statuts eines Mitarbeiters (Hilfsangestellter für die verwalteten Seilbahnen).

Politisches Ziel 1: „Gewährleisten eines ausreichenden Angebotes an Leistungen des öffentlichen Verkehrs in Berücksichtigung der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Bedürfnisse und Fördern der Umlagerung des privaten Personen- und Güterverkehrs auf die Unternehmen des öffentlichen Verkehrs“

Ein Vorschlag, der letztes Jahr eingereicht wurde und von der thematischen Kommission nicht behandelt werden konnte, wird von der Kommission einstimmig verworfen. Der Vorschlag war eine Anfügung beim PZ 1, nämlich: „...*durch das (...) Propagandieren des öffentlichen Verkehrs...*“. Die Kommission ist der Ansicht, dass „Propaganda“ in erster Linie Sache der Unternehmen ist. Der Kanton informiert im Bereich des öffentlichen Verkehrs durch die Veröffentlichung der Fahrpläne. Bei grösseren Veränderungen verlangt er von den Unternehmen zusätzliche Informationsanstrengungen. Dies wird namentlich im Jahr 2008 der Fall sein.

Politische Teilziele

- Ein Vorschlag, der letztes Jahr eingereicht wurde und von der thematischen Kommission nicht behandelt werden konnte, wird von der Kommission einstimmig verworfen. Es wäre darum gegangen, das Teilziel 1.1 durch „...*inklusive Fuss- und Velowegen...*“ zu ergänzen. Die Fusswege liegen im Zuständigkeitsbereich der Gemeinden, die Velowege werden unter der Leitung der Dienststelle für Raumplanung in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und den betreffenden kantonalen Dienststellen geplant.
- Gegenüber der Kommission wird im Zusammenhang mit dem Teilziel 2 (*Beitragen an der Bewirtschaftung des öffentlichen Verkehrs in Berücksichtigung der Nachfragebedürfnisse*) ausgeführt, dass der Kanton nächtliche Verkehrsangebote wie z.B.

den „Lunabus“ aus Gründen der Gleichbehandlung nicht finanziell unterstützt. Hingegen werden den Unternehmen und Gemeinden in Bezug auf diese Nacht-Angebote administrative Erleichterungen gewährt.

Prioritäre Massnahmen

Ein Vorschlag, der letztes Jahr eingereicht wurde und von der thematischen Kommission nicht behandelt werden konnte, wird von der Kommission einstimmig verworfen. Es wäre darum gegangen, die prioritäre Massnahme 4 durch „...inklusive der Ausarbeitung regionaler Tarifverbunde“ zu ergänzen. Aufgrund der Ergebnisse der durchgeführten Studien sowie angesichts der Grösse des Verkehrsnetzes und der Tarifstruktur will der Kanton weiterhin mit Tarifverträgen arbeiten. De facto besteht bereits ein Tarifverbund auf schweizerischer Ebene, da die SBB-Tarife als Basis für sämtliche Transportunternehmen gelten. Ausserdem übernehmen Bund, Kanton und Gemeinden zwei Drittel der Betriebskosten der regionalen Transportunternehmen.

Leistungsindikatoren

- Bezüglich des Leistungsindikators 4 *„Einhalten des Finanzpaketes der anerkannten Bundesbeiträge auf den ganzen Kanton verteilt“* wird ausgeführt, dass der Kanton das zur Verfügung gestellte Globalbudget so rationell wie möglich verwenden muss, da Überschreitungen voll und ganz zu seinen Lasten gehen.
- Ein Vorschlag, der letztes Jahr eingereicht wurde und von der thematischen Kommission nicht behandelt werden konnte, wird von der Kommission einstimmig verworfen. Es hätte sich um einen neuen Leistungsindikator gehandelt: *„Einführung eines Indikators zur Messung der Auswirkungen der vorgesehenen und/oder realisierten Verbesserungen auf die Nachfrage, damit die Dienststelle und der Staat die positiven Auswirkungen der eingeleiteten Massnahmen messen oder allenfalls gewisse Begleit- oder Anreizmassnahmen ergreifen können.“* Die Dienststelle präzisiert, dass Veränderungen bei der Nachfrage im Verkehrsbereich viele Gründe haben können und dass sich Investitionen in die Sicherheit oder Infrastrukturerneuerung nicht direkt in der Nachfrage niederschlagen. Die Verkehrszählungen werden regelmässig ausgewertet (siehe Diagramm 2005, in der Sitzung verteilt). In Erwartung der Datenbank des Bundes werden zu Vergleichszwecken für jedes Unternehmen und für jede Verkehrslinie detaillierte Statistiken erstellt (internes Dokument des Kantons).

Politisches Ziel 2: „Durchführen und Koordinieren der Genehmigungsverfahren für die Seilbahnprojekte auf kantonaler Ebene sowie der Verfahren betreffend die Luftfahrthindernisse und Führen der kantonsverwalteten Luftseilbahnen“

Keine besonderen Bemerkungen.

SCHLUSSENTSCHEID

Der Leistungsauftrag 2007 der DV wird einstimmig angenommen.

Der Kommissionspräsident schliesst die Sitzung um 09.30 Uhr.

Der Präsident
Anton Andenmatten

Der Berichterstatter
Jean-Pierre Rouvinez

**THEMATISCHE KOMMISSION
FÜR BAU UND VERKEHR (KBV)**



**Prüfung des politischen Leistungsauftrags 2007
der Dienststelle für Strassen- und Flussbau (DSFB)**

Datum und Ort: 19. September 2006, 10.30 Uhr, Konferenzraum 509, Gebäude Mutua

Kommissionsmitglieder:

Name	Partei	Anwesend	Vertreten durch
Andenmatten Anton	CVPO	X	
Maytan Antoine	PDCC	X	
Besse Christian	GRL	X	
Hugo-Lötscher Susanne	SPO	E	
Imboden Ignaz	CSPO	ERS	Locher Marcel
Martig Konrad	CVPO	X	
Melly Jacques	PDCC	E	
Perruchoud Christophe	GRL	X	
Pitteloud Albert	UDC	E	
Richard Claude-Alain	PS/AdG	X	
Roch Jean-Didier	PDCB	X	
Rouvinez Jean-Pierre	PDCC	X	
Venez Christian	GRL	E	

Finanzkommission: David Théoduloz

Entschuldigt: Brigitte Diserens (GPK)

In Anwesenheit von: Staatsrat Jean-Jacques Rey-Bellet
Albert Fournier, Chef der DSFB
Jean-Christophe Putallaz, wissenschaftlicher Mitarbeiter DSFB
Jacques Rudin, Adjunkt des administrativen Chefs der DSFB
Daniel Moix, Departementscontrolling (Protokoll)

EINLEITUNG

Staatsrat Jean-Jacques Rey-Bellet stellt die Vertreter der Dienststelle für Strassen- und Flussbau (DSFB) vor: Albert Fournier (Dienstchef), Jean-Christophe Putallaz, (wissenschaftlicher Mitarbeiter), und Jacques Rudin (Adjunkt des administrativen Chefs).

Staatsrat Jean-Jacques Rey-Bellet umreisst kurz die Zuständigkeitsbereiche der DSFB.

DETAILBERATUNG DES LEISTUNGSaufTRAGS

Personal

Die Hilfsangestellten der Nationalstrassen sind nun im Budget des Leistungsauftrags enthalten, deshalb die Abweichung zwischen den Budgets der Jahre 2006 und 2007. Die notwendigen Hilfsangestellten werden in das Organigramm der Nationalstrassen integriert. Aufgrund der NFA kommt es bei den Nationalstrassen zu einer Reorganisation mit Personalabbau. Dieser Abbau wurde durch Pensionierungen bereits in die Wege geleitet (zwei Mitarbeiter im Jahr 2006, sieben Mitarbeiter im Jahr 2007). Ab dem 1. Januar 2008 wird es nur noch eine Sektion geben, die sich mit dem Nationalstrassenbau beschäftigt (Fertigstellung der A9). Diese wird in Brig angesiedelt sein. Die notwendigen Mitarbeiter – auch jene der gegenwärtigen Sektion Nationalstrassen Mittelwallis – werden dort oder aber in

der Sektion Logistik Unterhalt, die sich im Auftrag des Bundes um den laufenden Betrieb und Unterhalt der Nationalstrassen kümmert, beschäftigt.

Die Kommission weist darauf hin, dass die Zahlen im *Bericht betreffend das über dem Landesindex der Konsumentenpreise liegende Wachstum des Voranschlags 2007* nicht mit den Zahlen im Leistungsauftrag übereinstimmen. Darauf wird geantwortet, dass im Bericht lediglich jene zusätzliche Posten angegeben werden, die eine finanzielle Auswirkung haben, wohingegen im Leistungsauftrag sämtliche Posten (Regularisationen, Streichungen von Posten oder Umwandlung der Stellen von Hilfsangestellten mit unbefristetem Arbeitsverhältnis in Beamtenstellen per 31. Dezember) erscheinen.

Politisches Ziel 1 „Die Autobahn A9 + Simplon bauen, bewirtschaften, erhalten und anpassen“

Politische Teilziele

Die Teilziele 2 *Die A9 + Simplon zwecks Gewährleistung einer sicheren Verkehrstauglichkeit, eines flüssigen und umweltgerechten Verkehrs zu Mindestglobalkosten bewirtschaften* und 3 *Die Strassenwerte der A9 + Simplon durch einen sinnvollen, umweltgerechten Unterhalt zu Mindestglobalkosten in gutem Zustand erhalten und die Autobahninfrastruktur an die Bedürfnisse der Verkehrsteilnehmer und der Partner anpassen* werden im Rahmen des Leistungsauftrags 2008 neu formuliert. Unterhalt und Betrieb der Bauwerke und der Infrastruktur werden künftig vollständig vom Bund finanziert, wobei noch nicht alles ausdiskutiert ist.

Prioritäre Massnahmen

- Im Zusammenhang mit der prioritären Massnahme 1 *Vollständige Inbetriebnahme der A9 Siders-Brig, in vorrangiger Ausführung der Umfahrung von Visp, für 2015-2016* weist der Departementsvorsteher auf die Schwierigkeiten bei der Fertigstellung der A9 hin. 50% des noch zu bauenden Trassees befinden sich unter Tage. Es kann deshalb nicht ausgeschlossen werden, dass es aufgrund geologischer Probleme zu Verzögerungen kommt. Zu Verzögerungen kommt es auch aufgrund der neuen Verfahren und Sicherheitsanforderungen für unterirdische Bauwerke. Der Dienstchef weist auf die geologischen Schwierigkeiten beim Staldbach-Felsen hin. Es sind weitere Abklärungen nötig, um sich bestmöglich gegen diese geologische Risiken abzusichern. Verzögerungen können nie ganz ausgeschlossen werden.
- In Bezug auf die prioritäre Massnahme 2 *Sicheren, wirtschaftlichen und umweltgerechten Verkehr* gilt es zu sagen, dass Sicherheitsaspekte eine immer wichtigere Rolle spielen und somit Mehrkosten und längere Fristen zur Folge haben. Insbesondere die vom ASTRA (Bundesamt für Strassen) verlangten notwendigen Sicherheitsanpassungen in den Vispertaltunnels werden zu erheblichen Mehrkosten führen.
- In diesem Zusammenhang weist der Departementsvorsteher darauf hin, dass die Arbeiten umgehend ausgeschrieben und auf allen Teilstücken in Angriff genommen werden müssen, damit Verzögerungen möglichst verhindert und die Fristen des 7. langfristigen Nationalstrassen-Bauprogramms des Bundes eingehalten werden können.

Leistungsindikatoren

- Die Vorgaben des Indikators 1 *Verzögerung gegenüber der siebten LFP CH (langfristigen Planung), Variante 2003.306, im August 2004 neu bearbeitet: in Monaten* werden wohl nur schwerlich einzuhalten sein. Dies aufgrund der geologischen Probleme (Riedberg, Turtmann, Umfahrung von Visp) und der neuen Sicherheitsanforderungen (siehe Bemerkungen unter „Prioritäre Massnahmen“).

- Die Kommission ist der Ansicht, dass die Indikatoren 3 und 4 *Mittlere Betriebskosten pro [virtuellen] Kilometer (vKm) unter/gleich zum Schweizer Durchschnitt (S.D.)* sehr technisch sind. Sie sind jedoch für Statistiken und gesamtschweizerische Vergleiche notwendig. Die Dienststelle wird im Rahmen des Leistungsauftrags 2008 prüfen, ob es zweckmässig wäre, diese Angaben auf höherer Ebene zu integrieren.

Politisches Ziel 2 „Das kantonale Strassennetz vervollständigen, verbessern, sichern und erhalten, unter Berücksichtigung der vom GR bestimmten Prioritäten und der Zielsetzungen der nachhaltigen Entwicklung“

Politische Teilziele

Ein Vorschlag, der letztes Jahr eingereicht wurde und von der thematischen Kommission nicht behandelt werden konnte, wird einstimmig verworfen. Es wäre darum gegangen, das Teilziel 1 durch „...*und an den Verkehrsfluss anzupassen, in Zusammenarbeit mit den Gemeinden, unter Berücksichtigung ihres Gemeindestrassennetzes und einer nachhaltigen Raumentwicklung*“ zu ergänzen. Die neue Formulierung im Leistungsauftrag 2007 wird von der Kommission einstimmig angenommen.

Prioritäre Massnahmen

Die Kommission berät über die Zweckmässigkeit der Beibehaltung der prioritären Massnahme 1 *Erlangung der notwendigen finanziellen Mittel zur Finanzierung der Investitionen*. Der Departementsvorsteher weist darauf hin, dass diese Massnahme sehr allgemein zu verstehen ist, und zwar im Hinblick auf die Tatsache, dass die notwendigen Gelder sowohl vom Bund als auch vom Kanton, von den Gemeinden und von interessierten Dritten stammen. Die Dienststelle und das Departement unternehmen grosse Anstrengungen im Bereich Technik und Lobbying, um die notwendigen Gelder zu erhalten. Die Dienststelle wird im Rahmen des Leistungsauftrags 2008 eventuell eine neue Formulierung vorschlagen. Diese könnte wie folgt lauten: *Vorbereitung der technischen Grundlagen, die zur Erlangung der notwendigen finanziellen Mittel zur Finanzierung der Investitionen nötig sind*. Es wird daran erinnert, dass jegliches neue Projekt im Bereich der Hauptstrassen bis zum Inkrafttreten der NFA von Seiten des Bundes auf Eis gelegt wird, es sei denn, andere Kantone realisieren ihre Projekte nicht.

Leistungsindikatoren

Zu Leistungsindikator 2 *Qualitätsniveau der Fahrbahn* bemerkt die Kommission, dass in diesem Bereich zusätzliche Finanzmittel eingesetzt wurden und für 2007 trotzdem nur eine Konsolidierung (➔) angestrebt wird. Die Dienststelle erwidert, dass die Auswirkungen nicht direkt messbar sind, da die Messkampagnen über vier Jahre hinweg stattfinden. Für den Leistungsauftrag 2008 stellt die Dienststelle einen neuen Indikator im Zusammenhang mit der jährlich sanierten Belagsfläche in Aussicht.

Politisches Ziel 3: „Die Rhone ausbauen, um die Sicherheit der Personen und der Güter im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung zu gewährleisten“

Ein Vorschlag, der letztes Jahr eingereicht wurde und von der thematischen Kommission nicht behandelt werden konnte, wird einstimmig verworfen. Es wäre darum gegangen, das politische Ziel 3 durch „...*und den Fluss als Naherholungsgebiet für die Bevölkerung aufzuwerten*“ zu ergänzen. Der Akzent liegt bei der Sicherheit der Personen und Güter, die

anderen Aspekte sind implizit im Hinweis auf die nachhaltige Entwicklung enthalten. Die Teilziele präzisieren das politische Ziel.

Politische Teilziele

Die deutschen Übersetzungen müssen revidiert werden.

Prioritäre Massnahmen

- Die deutschen Übersetzungen müssen revidiert werden.
- Bezüglich der prioritären Massnahme 1 *Sicherstellung der Bundesfinanzierung für das Projekt* wird gesagt, dass der Kanton für 2007 und 2008 eine Finanzierungsgarantie erhalten hat.
- Ein Vorschlag, der letztes Jahr eingereicht wurde und von der thematischen Kommission nicht behandelt werden konnte, wird einstimmig verworfen. Es wäre darum gegangen, die prioritäre Massnahme 3 durch „...inklusive Projektausarbeitung für eine sanfte Mobilität rund um den Freizeitverkehr Richtung Rhone“ zu ergänzen. Sämtliche Ziele werden im Rahmen des generellen Projekts R3 festgelegt und es wäre nicht sinnvoll, hier nun ein Ziel gegenüber den anderen Zielen besonders hervorzuheben.

Leistungsindikatoren

- Die deutschen Übersetzungen müssen revidiert werden.
- Bezüglich Indikator 6 *Aktualisierung des Alarm- und Interventionssystems für Notfälle und Information an die Gemeinden* wird präzisiert, dass das Alarmsystem nicht jedes Jahr vollumfänglich aktualisiert wird. Daher der Unterschied von 50%.

Politisches Ziel 4: „Den Schutz von Personen und von Gütern gegen geologische und hydrologische Gefahren sichern, in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und mit Dritten“

Leistungsindikatoren

Die Kommission weist bei Indikator 4 *Prozentsatz der Gemeinden, welche über laufende oder vollendete Studien von Hochwasserschutzgefahrenkarten verfügen* auf die Differenz von -6% (2006: 81%, 2007: 75%) hin. Es wird geantwortet, dass die Zielsetzung für 2007 aufgrund der Komplexität der Arbeiten für die Gemeinden nach unten korrigiert wurde und dass man Ende 2006 bei rund 65% liegen werde. Zur Erinnerung: Gemäss Vorgabe des Bundes müssen die Karten bis 2011 fertiggestellt sein.

Bemerkung

Die deutsche Übersetzung des Produktnamens P3102 muss korrigiert werden.

Diverses

Ein Bericht zur LSV-Aufteilung findet sich im Anhang zum Protokoll.

SCHLUSSENTSCHEID

Die Kommission macht keine Abänderungsvorschläge zum politischen Leistungsauftrag 2007 der DSFB. Der Leistungsauftrag 2007 der DSFB wird einstimmig angenommen.

Der Präsident
Anton Andenmatten

Der Berichterstatter
Jean-Pierre Rouvinez

**THEMATISCHE KOMMISSION
FÜR BAU UND VERKEHR (KBV)**



**Prüfung des politischen Leistungsauftrags 2007
der Dienststelle für Hochbau, Denkmalpflege und
Archäologie (DHDA)**

Datum und Ort: 19. September 2006, 09.45 Uhr, Konferenzraum 509, Gebäude Mutua

Kommissionsmitglieder:

Name	Partei	Anwesend	Vertreten durch
Andenmatten Anton	CVPO	X	
Maytan Antoine	PDCC	X	
Besse Christian	GRL	X	
Hugo-Lötscher Susanne	SPO	E	
Imboden Ignaz	CSPO	ERS	Locher Marcel
Martig Konrad	CVPO	X	
Melly Jacques	PDCC	E	
Perruchoud Christophe	GRL	X	
Pitteloud Albert	UDC	E	
Richard Claude-Alain	PS/AdG	X	
Roch Jean-Didier	PDCB	X	
Rouvinez Jean-Pierre	PDCC	X	
Venez Christian	GRL	E	

Finanzkommission: David Théoduloz

Entschuldigt: Brigitte Diserens (GPK)

In Anwesenheit von:

Staatsrat Jean-Jacques Rey-Bellet
Bernard Attinger, Dienstchef DHDA
Michel Baur, administrativer Adjunkt DHDA
Philipp Jordan, verantwortlicher Architekt Investitionen DHDA
Benoît Coppey, Adjunkt bauliches Erbe DHDA
Daniel Moix, Departementscontrolling (Protokoll)

EINLEITUNG

Staatsrat Jean-Jacques Rey-Bellet stellt die Vertreter der Dienststelle für Hochbau, Denkmalpflege und Archäologie (DHDA) vor: Bernard Attinger (Dienstchef), Michel Baur, (administrativer Adjunkt), Philipp Jordan (verantwortlicher Architekt Investitionen), Benoît Coppey (Adjunkt bauliches Erbe).

Staatsrat Jean-Jacques Rey-Bellet umreisst kurz die Zuständigkeitsbereiche der DHDA.

DETAILBERATUNG DES LEISTUNGS-AUFTRAGS

Finanzressourcen

Die wichtigsten Investitionen sind unter *Zusätzliche Informationen zur Kenntnisnahme an den Grossen Rat* aufgeführt (Seite 153-154). Es gilt darauf hinzuweisen, dass die Gebäudenebenkosten (Heizung, Strom usw.) stetig zunehmen. *Der Voranschlag wird ohne Abänderungen angenommen.*

Personal

Die Kommission weist darauf hin, dass die Zahlen im *Bericht betreffend das über dem Landesindex der Konsumentenpreise liegende Wachstum des Voranschlags 2007* nicht mit den Zahlen im Leistungsauftrag übereinstimmen. Darauf wird geantwortet, dass im Bericht lediglich jene zusätzliche Posten angegeben werden, die eine finanzielle Auswirkung haben, wohingegen im Leistungsauftrag sämtliche Posten (Regularisationen, Streichungen von Posten oder Umwandlung der Stellen von Hilfsangestellten mit unbefristetem Arbeitsverhältnis in Beamtenstellen per 31. Dezember) erscheinen.

Politisches Ziel 1 „Gewährleistung der Anpassung und des Unterhalts der Immobilien des Staates Wallis aufgrund der verschiedenen Bedürfnisse und der Nutzungsprioritäten“

Prioritäre Massnahmen

Betreffend prioritäre Massnahme 1 *Präsentierung der Botschaft zu Händen des Grossen Rates betreffend Neubau der Berufsschule Visp* wird präzisiert, dass die Arbeiten im Zusammenhang mit den Schulgebäuden bereits verabschiedet wurden und über jene in Zusammenhang mit den Werkstätten demnächst entschieden wird.

Leistungsindikatoren

In Zusammenhang mit den Leistungsindikatoren 3 *Effektiver Gebäudewert in prozentualem Vergleich zum Neuwert am 31.12.2004* und 4 *Wert des Immobilienparkes in Millionen* gilt es darauf hinzuweisen, dass die Erhöhung des Globalbudgets (+ Fr. 1'000'000.-) erlauben sollte, den jährlichen Wertverlust der Gebäude im Jahr 2007 auf 0.5% zu begrenzen.

Politisches Ziel 2 „Das bauliche und archäologische Kulturgut erkennen, bekannt machen, schützen, erhalten und dokumentieren“

Prioritäre Massnahmen

Zur prioritären Massnahme 2 *Vollendung der archäologischen Ausgrabungen im Martolet in St-Maurice bis 2007* wird erläutert, dass es sich um die gegenwärtig laufende archäologische Ausgrabung handelt. Deckung und Nutzung der Ausgrabungen werden Gegenstand eines separaten Gesuchs bilden.

Leistungsindikatoren

Die Kommission fragt, inwiefern die DHDA auf die Indikatoren 1, 4 und 5 Einfluss nehmen kann.

Die Dienststelle antwortet, dass die Werte bei Indikator 1 *Anzahl der behandelten Objekte mit schriftlichem Bericht* und 4 *Anzahl der subventionierten Objekte im Bereich Heimatschutz* von den verfügbaren Mitteln des Kantons abhängen. An Projekten mangelt es jedenfalls nicht. Ohne kantonale Subvention werden solche Arbeiten normalerweise jedoch gar nicht erst in Angriff genommen.

Bezüglich des Leistungsindikators 5 *Anzahl der begleiteten Heimatschutzdossiers* weist die Dienststelle darauf hin, dass sie keinen Einfluss auf diese Zahl hat, sie muss sich sämtlichen Dossiers annehmen. Man könnte den Text dieses Indikators demnach wie folgt umformulieren: *Prozentsatz der fristgerecht behandelten Heimatschutzdossiers*. Diese Änderung wird auf den nächsten Voranschlag hin geprüft.

SCHLUSSENTSCHEID

Die Kommission macht keine Abänderungsvorschläge zum politischen Leistungsauftrag 2007 der DHDA. Der Leistungsauftrag 2007 der DHDA wird einstimmig angenommen.

Der Präsident
Anton Andenmatten

Der Berichtstatter
Jean-Pierre Rouvinez